

# OSTDEUTSCHE BAU-ZEITUNG

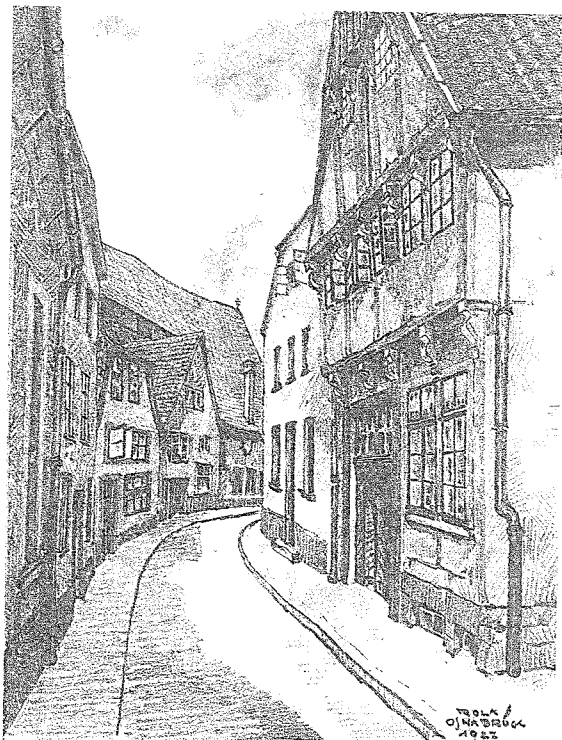
VEREINIGT MIT DEUTSCHE BAUGEWERBE-ZEITUNG-LEIPZIG

BRESLAU

31. Jahrgang

Breslau, den 2. Februar 1933

Nummer 5



Turmstraße in Osnabrück

Zeichnung von Architekt Ro Langenberger, Osnabrück

## ARCHITEKT UND „REINE KUNST“.

Nach dem Gewerbesteuerengesetz gilt als Gewerbe „auch eine freie und eine ähnliche selbständige Berufstätigkeit einschließlich der Notare“, und die von ihnen erhobene Steuer wird als „Berufssteuer“ bezeichnet. Dieser unterliegt jedoch nicht die Ausübung eines der reinen Kunst oder der reinen Wissenschaft gewidmeten freien Berufes oder Nebenberufes. „Als der reinen Kunst oder der reinen Wissenschaft gewidmet ist ein künstlerischer oder wissenschaftlicher Beruf dann anzusehen, wenn er sich auf schöpferische oder forschende Tätigkeit, Lehr-, Vortrags- und Prüfungsstätigkeit sowie auf schriftstellerische Tätigkeit beschränkt.“

In Danzig hatte sich nun ein Architekt über die Heranziehung zur Gewerbesteuer beschwert und beim Oberverwaltungsgericht Ent-

scheidung beantragt, die zu seinen Ungunsten entschieden werden ist. Das Oberverwaltungsgericht stützt sein Urteil auf die neuen Bestimmungen, welche für Danzig eine wesentliche Einschränkung der Steuerfreiheit bringen. Steuerfrei sei nur derjenige künstlerische Beruf, welcher der reinen Kunst gewidmet sei und sich auf schöpferische Tätigkeit beschränke. Hierher seien in erster Linie Maler und Bildhauer zu rechnen.

Der Architekt schaffe nicht Werke der reinen Kunst. Der Reichsfinanzhof betrachte als solche nur Werke, die wesentlich um ihrer selbst willen geschaffen werden und bei denen der Gebrauchszweck nicht überwiege. Häuser seien nicht Kunstwerke in diesem Sinne. Gewiß könne ein Künstler seine Tätigkeit auch an Gebrauchsgegen-

standen, wie Hansens, auf das rein Schöpferische beschränken, indem er nur die Idee in Gestalt eines Entwurfes herbeibringt; aber das werde nur ein Ausnahmefall sein.

Der Beschwerdeführer betätigt sich in seinem Berufe in viel umfassender Weise. Er entwerfe nicht nur die Pläne zu Bauwerken, sondern verrichte auch alle Tätigkeiten, die in der „Gebühren-

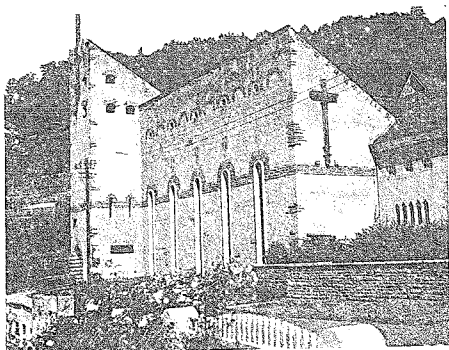
ordnung für Architekten“ unter „Bauliche Leistungen“ bezeichnet sind. Einzelne dieser Tätigkeiten mögen einen künstlerischen Anstrich erhalten; rein schöpferisch aber seien sie nicht. Sie werden vielmehr auch von andern, nicht künstlerisch wirkenden Baumeistern geleistet, um Bauten herzustellen. Aus diesen Gründen könne die Befreiungsvorschrift nur die der reinen Kunst gewidmeten Berufe beim Beschwerdeführer nicht angewendet werden. H. M.

## IRRWEGE DER NEUEN BAUKUNST

### Kirchenbau-Irrtümer.

Wie oft begegnen wir auf Wanderswegen alten Landkirchen, ganz einfachen Bauten, über denen doch eine stille Würde ausgebreitet liegt. In den letzten Jahren sind viele neue Kirchen gebaut worden, aber so manche von ihnen entbehrt in ihrer Erscheinung ganz und gar des sakralen Charakters. Bedauerlicher noch sind die Fälle, die zwar das schöne Wollen in der Formgebung durch den Erbauer andeuten, und denen doch das Wesentlichste fehlt. Mit Bedauern sieht man bei dieser neuen Kirche zu Neuenburg am Neckar die schwersten Bauschäden. Als Ziel wurde verfolgt, eine Weisung neuer Wege zu geben, in diesem Neubau ein Stück neuzeitiger Heimatkunst im Bau darzustellen. Der Gesamteindruck von vorn herein nicht einheitlich, zeigt das Bild einer Wehrkirche, etwa eines Restes einer alten Stadtmauer: selbst die Schießlöcher und der wehrhafte Befried nicht, wie auch am Turm nicht die betonten Zinnenreste als Abschluß. Aber das sind in die Glockenträger. Regierungsbaumeister Hans Herkommer hat zuweilen eine romantische Vorliebe für die Art, aus dem Baumaterial Stimmungen abzuleiten. Da ist das bodenständige Schiefer- und Bruchsteinmaterial, da sehen wir die Mauerflächen in Naturanstrich leicht abgezogen und nach oben in rauher Struktur gesteigert mit kräftigen Händen und Bögen, mit einzelnen Nestern und Teillecken in Naturgestein. Der Schmuckwille schuf die vorgezogenen glatten und eckigen Umrahmungen der Kirchenfenster. Dann aber gleitet der Blick weiter nach oben, und man sieht erschrocken die Zerstörung. Diese Zerstörung ist nicht irgendein Zufall und kein unverschuldetes Unglück. Was wir hier sehen, ist für uns alle lehrhaft, um uns vor ähnlichen grausamen Irrtümern, vor technischen Fehlern und überaus kostspieligen Neuanstandsetzungen zu schützen. Trotz der Metallabdeckungen an der Straßenfront, mit Überstand an den Straßenseiten, greift zerstörende Feuchte in bedrohlicher Weise immer mehr um sich: Aushöhlungen laufen über die Bogenreihen. Es kann nichts helfen, die Bogen durch die Schlusssteine dekorativ, durch verzerrte Vergrößerung zu behandeln.

Das häßlich wirkende Putzteildach ist das Gegenteil von stummer



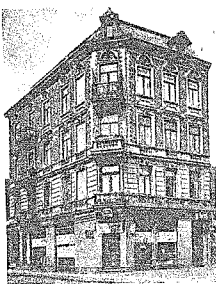
Neuenburg a. Neckar. Neue Kirche. Architekt Reg.-Baumeister Hans Herkommer.

Einfachheit; es ist dazu mit unpraktischer Anschlußteile an der Rückseite versehen, eine verdeckte Schwäche. Im Diagonalschnitt wirken diese Fehler an Ort und Stelle verheerend.

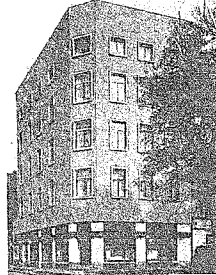
Im allgemeinen ist der Architekt ja meist nur ausführendes Organ des Kirchenvorstandes. Die Gemeindevorstände erwarten mit eher sichtbaren Vorfreude ein Gotteshaus, das nicht nach Spiel von Wind und Wetter erbaut wurde. Die Gemeinde möchte etwas besitzen, was sie als Erbe hinterlassen kann, wie jene vielen alten und ehrwürdigen Kirchen, die noch den Seelenaten der Vorfahren zu haben scheinen. Darum erstet für jeden, der einen Kirchenauftrag erhält, die größere Pflicht zur überlegten Arbeit. Es kann nichts nützen, solche Beispiele zu verschweigen, sie geben für alle unentbehrliche Lehren.

### Wersteigerung mit dem Hammer.

Wie einfach hat's der moderne Architekt gegenüber mühseliger Detailbearbeitung früherer Zeiten! Im Innenraum läßt er alles weh, was nur entfernt als Schmuck gedacht werden könnte, und wenn im Äußeren alle Gesimse, besonders das obere, recht radikal wegrasiert sind, ist ein bedeutender Grad der Vollkommenheit erreicht! Man hat früher oft häßlich gebaut, ein Gedränge von Formen; aber wie ist die Modernisierung? Man schlägt einfach alles, was über die Grundfläche auch nur 1 cm vorsteht, ab, putzt glatt herunter, und die neue Front ist fertig. Wenn man dazu noch den Anschein erwecken kann, als ob der ganze Bau in der Luft schwebt, indem man die Erdgeschosstöcher möglichst verschwinden läßt, dann ist allen modernen Wünschen Genüge geleistet. Da ist ein Haus in Hamburg, das mußte auch zu Ehren der neuen Sachlichkeit ein neues Kleid erhalten. Durch eindrucksvolle Flächenwirkung sollte „eine bedeutende Wersteigerung“ erzielt werden, um das Gebäude leichter verkäuflich zu machen. Niemand wird behaupten, daß die alte Fassade baukünstlerischen Wert besaß; sie war Gesicht eines der vielen Spekulationshäuser, wie sie in jeder Stadt entstanden. Wenn aber die alte Fassade aufgeknipst verlogen war, so muß man von der neuen sagen, daß sie gar nichts ist, nur plump, nur lang-



Vor dem Umbau.



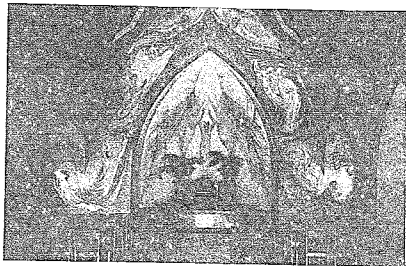
Nach dem Umbau.

weilig. Wer da meint, das Gebäude sei dadurch wertvoller geworden, der irrt. Es ist nur kahl geworden, die Modernisierung müßte schon Besseres bieten, um dauernden Wert zu geben.

## Mehr Kinogeist für Bestattungen!

Wenn man schon zugebt, daß Leute auch in der Raumkunst Unsicherheit und herausfordernde Willkür recht oft den Sieg davonträgt und selbst in Kirchen den Sinn der Weihe mit Füßen tritt, so darf doch die Weltoffenheit gegen solche Iringänger-Versuche nicht zum Schwelgen führen. Darf es sich bei solchen Räumen um die Laune oder Liebhaberei eines einzelnen handeln? Darf in einem Räume für eine andächtige Vereinigung von Menschen irgendeine betonte und zweifelhafte „Ich-Kunst“ hervortreten — ist eine überpersönliche oder „Wir-Kunst“ nicht richtiger? Hier haben wir einen Blick in die Krematoriumshalle der deutschen Stadt Wetzlar mit dem ganzen Dekorationsaufgebote des Kinozaubers, aus dem in nachgeahmten Waberlohe-Flammgebilden die Figuren mit und ohne Heind in den Lüften herumschweben. Es ist leicht zu erkennen, wie hier speißeberaft getünchter Schönheitskult eine Gelegenheit zur Demonstration zu finden suchte.

Auch in der Raumkunst soll der Erbauer des Hauses die letzte Bestimmung selbst treffen: in Übereinstimmung mit dem Charakter des Gesamtbaues und im Geist der Gemeinschaft, für welche ein



Wetzlar. Krematoriumshalle.

solcher Andachtsraum geschaffen ist. Das Bild lehrt, wohn eine solche tumultuarische Raumdemonstration an der unrechten Stelle führt.

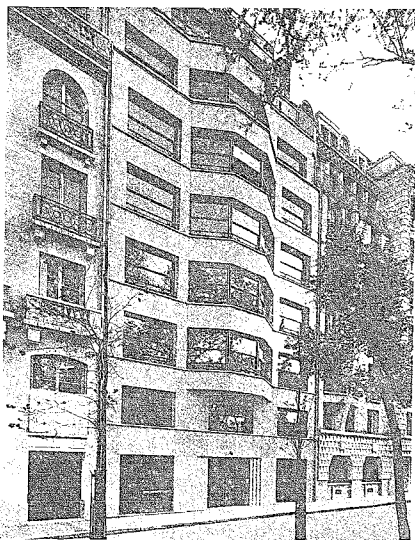
## Vom neuen französischen Baugeist.

Wie in ihren politischen Dokumenten, führen die Franzosen auch in ihren künstlerischen Äußerungen stets das große Wort der Menschlichkeit im Munde. „Frankreich“, sagt der Franzose Magnat in einem Vergleich deutschen und französischen Kunstgeistes, „hat ebenso mit den Stilen gebrochen; aber es verharrt in der Tradition. Seine Tradition ist, daß es das Gleichgewicht nicht bricht, das ist, daß es im Kunstwerk das Wunderbare (le miracle) sehen will. Neue Baustoffe bieten sich seinem Geme an. Es schickt sich an, sie seiner Ordnung zu unterwerfen, die keine andere als die seine sein kann. Eine Form zu ihrem reinsten, ihrem menschlichsten Ausdruck hinzuführen, dies ist der Elter des französischen Geistes. Wir

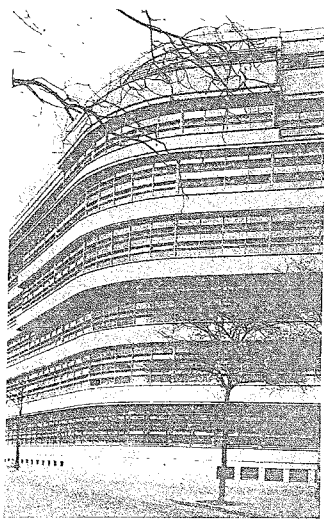
### Wohn- und Geschäftshäuser in Paris.

finden uns dem Phänomen der Wechselwirkung gegenüber, die beide Völker aufeinander ausüben, eine Durchdringung des französischen und des deutschen Geistes scheint unmöglich. Frankreich wird die Aufgabe haben, die neuen und die alten Elemente umzugruppieren.“

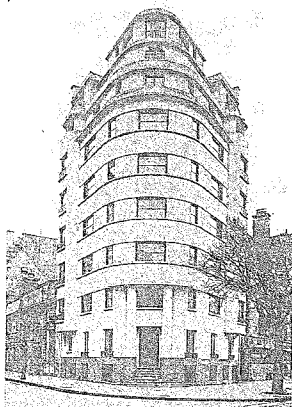
Mit solchen Worten soll dem französischen Geist die höhere Fähigkeit der Synthese, der Ordnung, der geistigen Beherrschung im Gleichgewicht (équilibre) mit der Tradition zuekannt werden. Obwohl das hohe Omen „Menschlichkeit“ durch vielfachen Gebrauch und Mißbrauch so ausgehöhlt und abgekripen ist, daß jede blasse Eitelkeit sich mit diesem scheuheißen Anspruch schmückt, gibt es



Wohnhaus von Arch. Michel Roux-Spitz, Paris. Im allgemeinen etwas schwerfälliger Baukörper, der auch durch den Erker eher verstärkt als verbessert wird.



Lagerhaus der Messageries Hachette, Arch. I. Demare, Paris. Eisenbetonkonstruktion mit durchlaufenden Fensterbändern und zurückgelegten Tragprofilen. Erhält seinen ganzen Reiz aus der Kurve der Fassade und der dadurch anfallenden dynamischen Erstreckung tinner Linien. Die Vortragung des 3. und 4. Geschosses und die Ausbauten der oberen Terrassen lassen die Ableitung dieser Ideen aus der Schiffsarchitektur erkennen.



Hotel u. Pensionshaus Arch.: Pierre Patout, Paris. Eisenbetonkonstruktion mit Kunststeinplatten verkleidet, Metallrahmenseiten. Auf kleinen Eisengrundstützen die Böbe getrieben, Verankerung horizontal u. vertikal. Tendenzen ohne einheitlichen Zug, die obersten Geschosse plump und unbeholfen.

Die französischen Bauzeitschriften lassen erkennen, daß der französische Geist keineswegs abweisend ist für die Phrasologie einer Ausstattung und Aufmachung, die schon weit in das Gebiet des unbedingten Kitsches hineinreicht. Das verfeinerte Formgefühl, dessen die Franzosen sich früher gerühmt haben, scheint ziemlich verschwunden zu sein; denn die Versuche in der Verwertung neuer Baukonstruktionen haben oft einen plumpen, auffallend schwerfälligen Ausdruck. Im Gegensatz zu der bisherigen Dekorationsart nach Jugendstilweise, die eine Fassade als Teppichmuster ornamentaler Einfälle ansah, gefallen sich diese neuen Bauten in einer einseitigen Eisenbeton-Nüchternheit, die auch durch den Materialreiz der Verkleidungsplatten nicht gehoben wird. So entstehen Gebilde, die zu sehr aus einer Zeitunfähigkeit heraus entstanden sind, als daß man nicht schon nach kurzer Zeit ihren einseitigen Materialstil bedauern würde.



Amerikanisches Studentenheim in Paris. Arch.: Pol-Abraham. Der Bau als einheitliche Masse ohne Angabe struktureller Gliederung, auch der Mauer orientierter Längsbau. In Wirklichkeit aber ein Eisenbetonstützenbau. Prinzipielle Vermeidung schützender Gesimse und Ableitung des Regenwassers zum Teil durch das Innere des Hauses.

Joch auch in Deutschland noch genug Leute, die das hohle Wortklingel für wichtige Offenbarung halten. Deshalb hat man Literaten, wie Ozenfant und Corbusier, zu Vortragsreisen hergeholt, hat ihnen Aufträge gegeben, um die Möglichkeiten der neuen Technik ad absurdum demonstriert zu sehen. Die Auflösung des Bauwerkes in eine innere tragende Konstruktion, das Skelett, und eine äußere Verkleidung mit Platten führt leicht zu artistischen Spielereien. Was ist für deutsche Architekten daran zu lernen? Die Bilder zeigen, daß Frankreich von der schöpferischen Synthese des Gleichgewichtes noch weit entfernt ist.

## FARBIGE BAUORNAMENTE UND IHRE HERSTELLUNG.

Bei Bauornamenten, Wandplatten usw., soweit sie aus Zementgussstücken, Kunststein, Terrazzo, Steinholz oder anderem Material hergestellt sind, werden im heutigen Bauwesen auch große Anforderungen an die Farbe gestellt. Der weitaus größte Teil dieser Erzeugnisse wird in ohnehin fabrikmäßig hergestellt und fällt mehr oder weniger aus dem Rahmen dieser Betrachtung. Sehr häufig kommt es aber auch vor, daß sich der Bauhandwerker selbst behelfen muß, bei einzelnen Ornamentstücken aus Zement oder Kunststein, besonders aber in der Flächenbehandlung durch Edelputz eine besonders gewünschte Farbenwirkung hervorzubringen. In diesen Fällen muß entweder schon bei der Herstellung des Werkstückes, mit dem Farneffekte erzielt werden sollen, das Rohmaterial durch geeignete Zusätze von Farben und anderen Substanzen entsprechend zerfärbt werden, oder auch man muß es, wenn es einen äußeren Anstrich bekommen soll, mit dem es sich in die übliche Farbenwirkung des Bauwerks einfügen muß, mit der größten Umsicht und Sorgfalt für einen solchen vorbereiten. Die Farbe solcher Ornamentstücke, Platten oder Edelputzflächen soll ja nicht allein den ästhetischen Ansprüchen genügen, sondern soll auch allen äußeren Einflüssen der Witterung usw. standhalten.

Nun kommt es ja, vor allem bei der Herstellung von kunststeinartigen Formen, sehr darauf an, aus welchem Material sie angefertigt werden sollen, wenn wir uns über die geeignete Färbung schlüssig werden wollen. Bei Ornamenten aus Ton wird man sich in der Regel mit keramischen Farben behelfen. Da solche Stücke jedoch einem Brandprozeß unterworfen werden müssen, wird im allgemeinen meist eine rein fachmännische Herstellung in Frage kommen. Bei Formen aus Zement dagegen kommt es sehr häufig vor, daß der Bauhandwerker selbst für eine passende Farbenwirkung zu sorgen hat, die er durch Zusätze geeigneter Farben und körniger Zusatzstoffe zu erzielen sucht. Noch häufiger tritt diese Anforderung an den Bauhandwerker heran, wenn größere Flächen

mit einem farbigen Edelputz versehen werden müssen, für den er sich die entsprechende Mischung selbst zubereiten muß. An sich werden ja farbige Zemente für solche Zwecke durch besondere chemische Verfahren und Zusätze von Metalloxyden oder Metallsalzen schon fabrikmäßig hergestellt. Da jedoch diese Fabrikate in vielen Fällen nicht allen Bedürfnissen entsprechen, sind wir darauf angewiesen, die farbige Veredelung des Zements selbst vorzunehmen. Was da in erster Linie zu beachten ist, wäre eine gründliche Kenntnis der Farben, die sich im Zement abgeben und auch brauchbar und haltbar erweisen. Die meisten Farben sind nämlich nicht zementecht, denn es kommen beim Abbindeprozeß nicht selten chemische Reaktionen zustande, die in kurzer Zeit schon gewisse Bestandteile der Farbstoffe verändern, wenn nicht gar zerstören, so daß nichts mehr von ihrer leuchtenden Wirkung übrig bleibt, als eben nur ein schwacher Schimmer ihrer ursprünglichen Effekte.

Es ist also dringend geboten, für die Mischung des Mörtels, sei es zur Herstellung eines Edelputzes oder auch von Platten, Fassadenstücken usw., die farbenecht und wetterfest bleiben sollen, nur Farben zu verwenden, die aus der Praxis heraus ihre Brauchbarkeit bewährt haben. Keramische Farben sind fast immer geeignet, jedoch muß man sich stets vor ihrer Anwendung erkundigen, ob sie auch zementecht sind. So sind zum Beispiel eine Reihe Ultramarinorten entschieden zementecht, während es andere nicht sind. Das öfters von den Malern angewendete reine Ultramarinblau ist meist nicht zementecht. Man muß also, wenn die Farbe bei Zementmörtelmischungen Verwendung finden soll, von den im Handel befindlichen Sorten nur zementechtes Ultramarinblau verlangen. Auch von Grün gibt es nur wenige Sorten, die sich zum Färben von Zementmischungen eignen. Das beste Zementgrün ist das Chromoxydgrün, rein und unverschuldet, das allen Säuren und Basen widersteht und auch hohen Temperaturen standhält. Eine

Zusammensetzung von Amerikanischem Gelb und zementechtem Ultramarinblau, die man sich sehr leicht selbst herstellen kann, gibt ebenfalls ein gutes Zementgrün. Ferner ist das Permaenitgrün, das meist durch Verscheiden von reinem Chromoxydgrün erzeugt wird, zu empfehlen. Es ist nicht allzu teuer und ergiebig in der Farbkraft. Von den weißen Farben sind reine Oxide immer zementecht, vor allem Zinkweiß, Titanweiß, Antimonoxydweiß u. s. f., jedoch kommt ihre Anwendung in Mörtelmischungen nur selten in Frage, des hohen Preises wegen. Deswegen behilft man sich mit einem Fällungsprodukt aus fast unlöslichem Zinksilid und Blanc fixe, das unter dem Namen Lithopone im Handel zu haben ist. Will man mörtelartige Mischungen gelb färben, so kann man hierzu Marsgelb oder gute französische oder bayerische Ockersorten verwenden. Allerdings ergeben diese Farben meist einen etwas ins Bräunliche umschlagenden Ton, so daß ein heller, gelber Ton nur selten erzielt wird. Es sind jedoch in der letzten Zeit Farben herausgekommen, die auch ein farbkraftiges Hellgelb gewährleisten. Vor allem entspricht das unter der Bezeichnung amerikanisches Oxidgelb im Handel zu erhaltende Produkt diesen Ansprüchen. Kadmiumgelb hat eine sehr hohe Farbkraft, ist jedoch sehr teuer, so daß es nur für kleinere Gegenstände aus Kunststein anzuwenden sein dürfte. Töne in Creme und ähnliche Farbwirkungen werden nur durch entsprechende Mischungen von Gelb- und Weißfarben unter Beimischung von Rot erzielt. Bei der Auswahl von Rotfarben ist allergrößte Vorsicht geboten, weil diese Sorten viel Säuren enthalten, die für Zement, Kalkstein und ähnliche Erzeugnisse der größte Feind sind. Zementecht von den Rotfarben sind vor allem das deutsche Eisenoxydrot, das seinen sauberen Farbton gibt, und das sogenannte Malaga oder Spanischrot, das an sich die beste Farbkraft aufweist. Ferner ist auch Persischrot und einige andere Sorten als Farbe für Zementgemische verwendbar. Die zuletzt genannten Sorten stellen sich jedoch sehr teuer. Kaufen man andere Rotfarben, dann muß man stets darauf sehen, daß man die Garantie für ihre Zementechtheit erhält, die nur bei jenen Sorten vorhanden ist, die, wie gesagt, frei von Schwefel und Säuren sind. Um Zementwaren schwarz zu färben, sind alle Farben mit Fettgehalt zu vermeiden, weil diese Sorten schlecht zu mischen sind und auch keine feste Verbindung mit dem Zement eingehen. Zementfabriken verwenden zum Schwarzfärben des Zements häufig Eisenoxydschwarz, ein Rückstand aus der Herstellung der Anilinfarben. Die Färbung ist jedoch weniger gut, so daß man für besondere Zwecke schon Brauneisen, Manganschwarz, auch künstlichen Brauneisen oder ähnliche Schwarzfarben verwendet. Diese Sorten sind natürlich teuer, so daß man sich auch des billigeren Rebschwarz, Beischwarz und ähnlichen durch Verkohlen von Rebschäfflingen oder anderen vegetabilischen Abfällen gewonnenen Schwarzfarben bedienen kann. Es muß natürlich bei diesen, weil sie ebenfalls fettig sind, für ein gutes Durchmischen der Zementmasse gesorgt werden. Grau und Braun sind Mischfarben, die man durch Zusammensetzung an-

derer Farben erhält. Grau wird durch Mischen von Schwarz, Blau und Weiß erzielt, und Braun durch Gelb, Rot und Schwarz. Man muß aber auf alle Fälle darauf sehen, daß sich die Mischungen nur aus zementechten Farbtönen zusammensetzen.

Farbeeffekte an Platten, Flächen oder Ornamentstücken besonderer Art können natürlich nicht durch Zusatz von Farbe allein erzielt werden, sondern man muß die Farbenwirkung durch entsprechende Beigaben von gekörntem Material abschwächen oder zu erhöhen versuchen. Zur Herstellung von farbigen, gut haltbaren Bauornamenten und widerstandsfähigen Platten werden häufig keramische Glasfarben und eine Zementmischung benutzt, der feinstartige Zinnsätze von gekörntem Glas, Granit, Feldspat, Basalt oder ähnliche natürliche und künstliche versäufelte Stoffe beigeigentlich werden, oder auch indem man diese Stoffe auf die abgegebene Zementmasse aufräut. Die Ornamente oder Platten müssen allerdings dann bei mittlerer Hitze gebrannt werden. Die aufgetragenen Stoffe, die in verhältnismäßig leicht schmelzbar sind, versintern mit dem Zement und verbinden sich mit der ganzen Masse zu einem festen Körper. Da der Zement einen Teil der Farben aufsaugt, ist die Wirkung der aufgetragenen Malerei sehr weich und angenehm. Ein anderes Verfahren, Zementguststücke für eine spezielle Art von Farbwirkung und Bemalung vorzubereiten, ist das folgende: Man bestreicht die Form innen mit einer Mischung von 30 bis 50 Prozent reinem Zement, 70 bis 50 Prozent fein gemahlenem Bimsstein, und stampft dann die Gußmasse, gewöhnlich aus ein Drittel Zement und zwei Drittel grobes Sand in die Form. Nachdem man später die Form entfernt hat, hält man die Gußstücke noch einige Tage feucht, verputzt etwa entstehende Risse mit derselben Mischung aus Bimsstein und Zement, mit der man die Form ausgestrichen hat, und wäscht die Oberfläche des Stückes mit verdünnter Salzsäure ab. Zum Abwaschen kann auch Phosphor- oder Fluorwasserstoffsäure verwendet werden. Hat man den Gegenstand abgetrocknet, wird er mit einer Wasserglaslösung getränkt, worauf man eine beliebige Malerei aufbringen kann. Der Farbstoff fixiert, wenn die Malerei mit einer zweipropagierten Wasserglaslösung überstrichen wird. Bei der Anwendung körniger Zusätze in der Flächenbehandlung durch Filzputz werden die körnigen Substanzen nicht aufgetragen oder durch Bemalung aufgebracht, sondern durch Beimischung zur farbigen Wirkung gebracht. Es ist natürlich, wenn man eine ansehnliche, ruhige Farbwirkung solcher Flächen erzielen will, sehr wichtig, daß der Ton der Farbe und der Körner in ein harmonisches Verhältnis zueinander gebracht werden. Dies wird bei feinkörnigen Zusätzen allerdings leichter gelingen wie bei grobkörnigen. Desgleichen spielt auch die Mahlung der Farbe eine große Rolle, die sich umso feiner auf den Zement verteilt, je feiner sie gemahlen ist und sich auch leichter den später noch beigeigentlichen Stoffen mitteilt, so daß teilweise die Farbe der Mörtelmasse mit der Farbe der Zusatzstoffe ineinander verläuft und das ganze einen harmonisch wirkenden zweifarbenen Ton gibt.

Karl Dopf, Hamburg.

## LUFTSCHUTZ UND FEUERBESTÄNDIGE DECKE.

In der letzten Zeit besonders stark hervorgetretenen Bestrebungen, den Luftschutz des flugwaffenlosen Deutschlands zu verstärken, haben auch zu der Prüfung der verschiedensten Bauelemente unter den Gesichtspunkten der Sicherung gegen Luftangriffe mit Explosions-, Gas- und Brandbomben geführt. Natürgemäß hat man hierbei der Obergeschosdecke besondere Beachtung geschenkt. In der Öffentlichkeit schien es zunächst, als ob die Massivdecke aus praktischen Prüfungen und theoretischen Erwägungen als die allein in Frage kommende Deckenbauart hervorgehen würde. Die Untersuchungen von Fachleuten ergaben aber, daß es weniger auf Festlegung von Konstruktionsweisen, als von bestimmten Leistungsanforderungen an die Decken ankommt. Prof. Dr.-Ing. Stedler von der T.H. Berlin war auf diesem Gebiete besonders tätig und hat vor kurzem ein viel beachtetes Gutachten über Obergeschosdecken herausgegeben.

Erfreulichweise ist ein Auseinanderlaufen der Meinungen oder gar ein Gegeneinanderarbeiten der beteiligten Kreise in dieser für den Luftschutz so außerordentlich wichtigen Frage nicht zu befürchten, denn die zuständigen Stellen verheilen über eine Einigung in der Arbeitsgemeinschaft „Feuerbeständige Decke“ folgende Mitteilung:

„Die Arbeitsgemeinschaft „Feuerbeständige Decke“ ist zumehr durch Hinzutritt und Mitarbeit der Arbeitsgemeinschaft „Holz“ erweitert worden. Damit hat ein Meinungsstreit ein friedliches Ende gefunden, der insbesondere durch ein Gutachten von Prof. Dr.-Ing. Stedler weiteren Kreisen bekannt geworden war. Nachdem die Annahme, daß die Arbeitsgemeinschaft „Feuerbeständige Decke“ nur Massivdecken habe propagieren wollen, ausgemittelt worden ist, wird die Ansicht nicht mehr aufrecht erhalten, daß die Bestrebungen der Arbeitsgemeinschaft „Feuerbeständige Decke“ lediglich als Propaganda für die wirtschaftlichen Interessen bestimmter Kreise zu gelten habe. Die Arbeitsgemeinschaft „Feuerbeständige Decke“ verlangt nicht einseitig die Einführung bestimmter massiver Konstruktionsweisen, sondern stellt vielmehr gewisse Leistungsanforderungen an Decken über dem obersten Vollgeschoß. Ueber die Notwendigkeit der Anstellung derartiger Leistungsansprüche besteht weitgehende Übereinstimmung in allen beteiligten Kreisen; ihr Zusammenschluß zur Klarstellung dieser Frage ist umso erfreulicher, als aus der gemeinsamen Arbeit eine Verbesserung unserer Deckenbauweisen zur Verringerung der Brandschäden erhofft werden kann.“

# Kurze Nachrichten aus dem Baugewerbe

**Nachspiel des Beuthener Hallenbad-Prozesses.** In dem Prozeß um den Einsturz des Hallenschwimmbades zu Beuthen OS., von dem wir eingehend in den Nummern 3/1930 und 50 und 52/1932 diese Zeitung berichteten, wurde viel Staub aufgewirbelt. Einer schob die Schuld auf den andern, und viel Häßliches, was besser nicht gesagt, vor allem aber nicht getan wäre, kam zu Tage. Um so mehr setzte das sehr milde Urteil in Erstaunen. Gegen dieses Urteil hat denn auch die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt, so daß sich das Reichsgericht mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben wird. Da auch das Reichsgericht an die tatsächlichen Feststellungen der Großen Strafkammer im Beuthener gebunden ist, kann eine Rückverweisung an das Beuthener Gericht nur erfolgen, wenn das Reichsgericht formale Mängel bei der Prozeßführung oder unrichtige Anwendung eines Gesetzes feststellen sollte. Die Beuthener Stadtverordneten ihrerseits finden wohl auch, daß das Urteil zu milde ist, denn in einer der letzten Stadtverordnetenversammlungen wurde folgender Beschluß gefaßt: „Der Magistrat wird ersucht, gegen alle Beamte, die sich in der Angelegenheit des Hallenbadbaues eine Pflichtverletzung zuschulden kommen ließen, ein Disziplinarverfahren an gegen die Angestellten mit Unterstützung einer Kommission, bestehend aus Stadtverordneten, eine Untersuchung einzuleiten.“ Es wird wohl noch eine ganze Weile dauern, bis über dieses Baumglick wieder genügend Gras gewachsen ist.

**Sind Großbauten und Wolkenkratzer eine Revolutionsbegleiterscheinung?** Es ist eine nicht abzulehnende Tatsache, daß wir nach der Revolution von 1918 uns im Bauen übernommen haben. Man braucht nur an die vielen AOK-Paläste zu denken. Nun hat Spanien den Ehrgeiz, das höchste Gebäude der Welt besitzen zu wollen. Zahlreiche Verbände haben sich zusammengeschlossen, um der Hauptstadt Spaniens ein würdiges Wahrzeichen zu geben. Eine Anzahl von Architekten hat in der letzten Zeit Vorschläge eingebracht, von denen das Projekt eines jungen Bauheimisters die meiste Aussicht auf Verwirklichung hat. Dieser Plan sieht den Bau einer gewaltigen Anstaltshalle vor, die das Fundament eines 400 Meter hohen Turmes werden soll. Dieses gewaltige Bauwerk würde den Eiffelturm um 100 Meter überragen und selbst die neuesten amerikanischen Wolkenkratzer, besonders das Empire-State-Gebäude in New York, an Höhe bei weitem in den Schatten stellen. Die riesigen Kosten des Mammutturmes sollen Anfang des nächsten Jahres durch eine allgemaine Sammlung in ganz Spanien aufgebracht werden. Ein anderer Vorschlag, der ebenfalls starke Beachtung findet, sieht den Bau einer riesigen Sportarena vor, die auch politischen und anderen Versammlungen zugänglich sein soll. Ein weiteres Projekt will ein neues imposantes Regierungsgebäude schaffen, in dem das Parlament und alle Ministerien untergebracht werden sollten. Bei weitem den meisten Anklang hat indessen das kleine Turmprojekt gefunden. Es scheint doch gar kein so dringender Bedarf an solchem Kolossalbau vorzuliegen, sonst würde man sich doch nicht um den Verwendungszweck streiten. Mancher AG, und GmbH, Stadt, Gemeinde, Partei oder Kasse bzw. Verein bei uns wäre wohlher, wenn verschiedene pompöse Bauprojekte in ihrer kostspieligen „Sachlichkeit“ nicht gebaut worden wäre. — Es ist gewiß kein Neid, mag Spanien tun und lassen was es will, und wir haben genug zu tun, aber „Bäume, die zum Himmel wachsen...“ —

**Die Not der Landhaugeschäfte** zeigt eine Zuschrift aus dem Leserkreis, die wir nachstehend wortgetreu veröffentlichen. Die Worte zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, wie dringend ein baldiger wirtschaftlicher Aufstiege notat: „Die Fachzeitung hatte ich bei Ihnen vor dem letzten Vierteljahr abbestellt wegen schlechter Geschäftslage. Erstens ist Arbeit nicht vorhanden, also kein Verdienst. Zweitens die Landarbeiterlohnstärken-Bauten, wozu erste Hypotheken vom Regierungspräsidenten bewilligt sind, läßt sich die Heimstätte diese als Grundschuld in voller Höhe eintragen, erhalte dafür 80%. Die Regierung schreibt mir, die 20% kann ich erst dann erhalten, wenn die Banken wieder Hypotheken geben können.

Dann drittens das Sicherungsverfahren für die Landwirtschaft. Ich erlief 31 Wechsel für Lohnzahlung, die muß ich heute für den Auftraggeber einlösen. Außenstehende Rechnungen werden nicht bezahlt, der Treuhänder hat kein Geld. Zahlungsbefehl und Klage erheben ist zwecklos: die Herren sind im Pfändungsschutz. Die Steuern, die man außerstaude ist zu zahlen, werden aufs Grundstück eingetragen. So wird mit uns auf dem Lande verfahren, wir werden direkt zu Grunde gerichtet, mehr muß man alles meiden.“

**Verfahren gegen Siedlungsgesellschaft Breslau eingestellt!** Die Justizpressestelle teilt mit: Das Ermittlungsverfahren wegen der Vorgänge bei der Siedlungsgesellschaft ist von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden. Die Prüfung des Kontos, auf dem die verlorenen Bankkontenzuschüsse geführt wurden, hat ergeben, daß Beträge von zusammen rund 67 000 RM. nicht gebucht worden sind. Angesichts der Mängel in der Geschäftsführung der Siedlungsgesellschaft besteht die Möglichkeit, daß mindestens ein Teil dieser Beträge dadurch verloren gegangen ist, daß Mietern, die nur einen Teil ihrer Miete gezahlt hatten, versehentlich die Zahlung der vollen Miete quittiert wurde und demgemäß diese Beträge in den Büchern fälschlich als Mietentnahmen erschienen. Eine strafbare Handlung läßt sich danach nicht nachweisen. Bei vier Quittungen hat sich ergeben, daß die Unterschrift des Zahlungsempfängers gefälscht worden ist. Zwei dieser Fälle haben sich nicht weiter aufklären lassen. Wegen der beiden anderen Fälle kann Anklage jedoch nicht erhoben werden, weil die als Täter verdächtige Person inzwischen verstorben ist. Für eine Beteiligung weiterer Personen besteht kein zur Erhebung einer Anklage hinreichender Tatverdacht.

**Die Stadt im Sumpfland.** Friedrich der Große sagte, als er seine große Meliorationsarbeit des Netzebruches durchgeführt hatte: „So habe ich mitten im Frieden eine Provinz erobert.“ Seit Friedrich des Großen haben wir viel Land auf diese Weise kultiviert, und heute heute sind wieder große Projekte angeregt worden, es sei nur an die Trockenlegung des Frischen Hafes erinnert. Aber bei uns blieben diese Pläne eben nur Pläne. „Wir haben kein Geld“ ist der übliche Trost. — Was aber die energische Tatkraft eines willensstarken Mannes vermag, das beweist die Gründung der Stadt Littoria in Italien. — Die pontinischen Sumpfe waren seit Jahrhunderten, um nicht zu sagen Jahrtausenden, ein gefährliches Fiebergebiet. In wenigen Jahren ist es zum gesunden Landstrich mit fruchtbarem Ackerboden geworden. Eine Großtat moderner Technik. — Wenn wir erst das erste deutsche Littoria gegründet haben, wird es auch besser aussehen in unserem Vaterland.

**Nistkästen als Wirtschaftsankurbelung?** Nachfolgendes Schreiben ging uns zu: „Ob es angebracht ist, über Folgendes einmal in Ihrer Zeitung zu schreiben, wie mit dem Volksvermögen geschleudert wird, überlasse ich Ihren Ansichten: Der Kreisbaumeister in Delitzsch schickte vor 8 Tagen einen Angebot-Kostenanschlag über Lieferung von Brettern und Latten zu Nistkästen raus. Es wurden zusammengefaßt verlangt: 6 100 qm 15 mm starke Bretter würden kosten rd. 3000 RM., 17 000 qm Latten würden kosten rd. 600 RM., zusammen 3 600 RM. Diese sind anzuliefern im Arbeitsdienstlager Grunh b. Eilenburg. Was würden die Starksten noch kosten, herzustellen und aufzuhängen? Ist das Arbeitsbeschaffung? Es gibt bestimmt wichtigeres am Kreise Delitzsch zu tun als dieses. Ist das auch Förderung des Wohnungsbaues? Ich halte bestimmt nichts davon. Sie können bitte mal in der Zeitung darüber schreiben. Die Meinung kann geteilt sein. Für den der die Ware liefern soll bestimmt ein gutes Geschäft, wenn gleich Geld gibt. Der Wirtschaftsminister wird dies bestimmt auch nicht als ein Ankurbeln der Wirtschaft betrachten.“

Unterschrift.“ Es ist dies allerdings ein etwas eigenartiger Versuch, die Wirtschaft anzukurbeln. Und wenn der Kreis Delitzsch keine größeren Sorgen hat, als einen Bedarf an Nistkästen, ist er zu beneiden.

## Schulwesen.

**Technische Hochschule Breslau.** Zur Einführung in die wichtigsten Gebiete des Bauwesens finden in der Technischen Hochschule auf Veranlassung der Fakultät für Bauwesen gemeinverständliche Gruppenvorlesungen statt. Einige Vorträge wurden bereits gehalten, wir weisen noch auf folgende hin: 6. Februar, Oberregierungs- und Baurat Wechmann: Bedeutung und Aufgaben der Kulturtechnik; 13. Februar, Professor Müller: Freitragende Holzkonstruktionen; 20. Februar, Professor Müller: Gewölbebau. Der Eintritt ist frei.

**Die Höhere Technische Staatslehranstalt für Hoch- und Tiefbau in Breslau** teilt uns den Erlaß des Preussischen Ministers für Wirtschaft und Arbeit mit:

Der Preussische Minister  
für Wirtschaft und Arbeit  
J.-Nr. IV 12708 P.

Berlin W 9, den 6. 12. 32  
Leipziger Straße 2.

Betreffend: Schulgelderbefreiung für bedürftige Kriegshinterbliebene. Um bedürftigen und würdigen Kriegshinterbliebenen den Besuch der gewerblichen Fachschulen zu erleichtern, ermächtige ich Sie im Einverständnis mit dem Herrn Finanzminister, ihnen ausnahmsweise das Schulgeld von vornherein und über die sonst nach dem Kassenanschlag feststehende Grenze von 10 Prozent der Ist-Erhöhung an Schulgeld hinaus ganz oder teilweise zu erlassen.

Der Schulgelderlaß darf nur solchen Kriegshinterbliebenen gewährt werden, die nach ihrer Vorbildung und nach sachverständiger Berufsberatung sowie nach dem Urteil der Lehrkräfte der Anstalt sich zum Besuche der Fachschule eignen. Der Kommissar des Reiches.

I. A.: gez. Dr. Hausmann.

Bemerkung: Bedürftigen Kriegshinterbliebenen, die die Absicht haben, eine Höhere Technische Staatslehranstalt für Hoch- und Tiefbau zu besuchen, ist anzuraten, vor Eintritt in diese Anstalt das Urteil einer sachverständigen Berufsberatungsstelle einzuholen.

## Verordnungen.

### Reichszuschüsse

für die Instandsetzung von Wohngebäuden, die Teilung von Wohnungen und den Umbau gewerblicher Räume zu Wohnungen.

Neue Durchführungsbestimmungen in Preußen.

Der Preussische Minister für Wirtschaft und Arbeit hat unter dem 12. Januar d. J. an die Gemeinden den folgenden Erlaß betr. Reichszuschüsse für die Instandsetzung von Wohngebäuden, die Teilung von Wohnungen und den Umbau gewerblicher Räume zu Wohnungen ergehen lassen.

#### I.

1. Wie mir mitgeteilt worden ist, sind in einer Reihe von Fällen Zuschüsse für Arbeiten beantragt worden, die nicht sofort, sondern erst nach längerer Zeit, zum Teil erst gegen Ende des Winterhalbjahres begonnen werden sollen. Die Lage des Arbeitsmarktes erfordert es jedoch, daß möglichst sofort Arbeitsgelegenheit geschaffen wird. Dieses Ziel darf auch bei der Vergabe der Reichszuschüsse für Instandsetzungs- und Umbauarbeiten nicht außer acht gelassen werden. Ich bestimme daher folgendes:

Bei der Vergabe der Mittel sind in Zukunft in erster Linie solche Aufträge zu berücksichtigen, bei denen sofort oder innerhalb kurzer Zeit mit den Arbeiten begonnen werden soll. In dem Vorbescheid ist die Zusage des Zuschusses davon abhängig zu machen, daß diese Voraussetzung bis zu einem bestimmten Termin erfüllt wird. Der rechtzeitige Beginn der Arbeiten ist nachzuprüfen und eine sofortige anderweitige Verteilung der Mittel vorzunehmen, falls sich bei der Prüfung ergibt, daß die Arbeit in der vorgesehenen Frist nicht begonnen worden ist. Unter den danach in Betracht kommenden Anträgen sind im allgemeinen solche Anträge vorzugsweise zu berücksichtigen, bei denen die Arbeiten voraussichtlich noch im Winterhalbjahr, spätestens am 1. Mai 1933, beendet sein werden. 2. Nach den Bestimmungen des Reiches vom 17. September 1932 (Anlage zum Rundlaß des Herrn Ministers für Volkswohlfahrt vom 29. September 1932 — II 4400 M/7, 9, II 7 —) beträgt der Reichszuschuß für Instandsetzungsarbeiten 20 vH. der Kosten, für

Umbauarbeiten grundsätzlich 30 vH. der Kosten. Wie der Zentralverband Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine mitgeteilt hat, beabsichtigen einzelne Gemeinden, in denen die überwiesenen Mittel nicht ausreichen, die Mittel anteilmäßig auf alle Anträge zu verteilen. Die Folge hiervon wäre, daß der einzelne Hausbesitzer nicht den nach den Richtlinien vorgesehenen Zuschuß, sondern einen geringeren Betrag erhalten würde; nach Mitteilung des Zentralverbandes ergibt sich z. B. in einer Gemeinde nur ein Zuschußbetrag von 8 vH. anstatt 20 vH. Eine solche Regelung widerspricht den Reichsbestimmungen und kann nicht zugelassen werden. Für den einzelnen Hausbesitzer ist es oft nur unter Schwierigkeiten möglich, sich den Teil der Kosten zu beschaffen, den er selbst aufzubringen hat; erhält er einen geringeren Reichszuschuß, als er bei der Finanzierung in Rechnung gestellt hat, so wird er die Arbeit häufig nicht mehr ausführen können. Zum mindesten kann der Beginn der Arbeit verzögert werden. Diese Folgen müssen im Interesse rascher Arbeitsschaffung vermieden werden.

#### II.

Bei der Durchführung der Bestimmungen des Reiches vom 17. September 1932 haben sich eine Reihe von Zweifeln ergeben. Zu ihrer Beseitigung teile ich folgendes ergeben mit:

1. In einer Anzahl von Fällen ist mit den Instandsetzungs- und Umbauarbeiten zwar nach dem 25. September 1932 begonnen, der Antrag auf Gewährung eines Reichszuschusses ist jedoch erst nach Beginn der Arbeiten gestellt worden, weil die Vorschritt in Ziffer 7 der Bestimmungen des Reiches den Gemeinden (Gemeindeverbänden) und den Hauseigentümern seinerzeit noch nicht mitgeteilt war. Da die Vergabung des Zuschusses in diesen Fällen eine besondere Härte bedeuten würde, hat sich der Herr Reichsarbeitsminister auf meinen Antrag damit einverstanden erklärt, daß der Zuschuß in derartigen Ausnahmefällen, wenn die sonstigen Voraussetzungen erfüllt sind, bewilligt wird.

2. Nach Ziffer 10 der erwähnten Bestimmungen des Reiches wird ein Zuschuß für Instandsetzungsarbeiten nur gewährt, wenn die Kosten für das einzelne Grundstück mindestens 250 RM. betragen. Diese Bestimmung ist in Fällen, in denen mehrere Wohngebäude als zusammenhängende Einheit (Baugruppe, Hausblock, Siedlung) errichtet sind, enger ausgelegt worden, als es ihrem Sinne entspricht. In derartigen Fällen, die insbesondere bei Bauten von Baugenossenschaften und Baugesellschaften gegeben sind, ist es nicht erforderlich, daß der Mindestbetrag von 250 RM. für jedes einzelne Gebäude — also z. B. für das Vorderhaus, das Hinterhaus, das Quergebäude oder das einzelne Einfamilienhaus — gesondert erreicht ist. Es genügt, daß sich der Mindestbetrag für die gesamte Baugruppe usw. ergibt.

3. Nach Ziffer 11 a. a. O. gilt ein Gebäude, das neben Wohnungen auch sonstige Räume enthält, als Wohngebäude, wenn es überwiegend Wohnzwecken dient. Hiernach bestehen keine Bedenken, daß Reichszuschuß auch in den Fällen gewährt wird, in denen die Instandsetzungen an einem Wohngebäude sich nicht nur auf Wohnräume, sondern zugleich auf gewerbliche (auch landwirtschaftlich genutzte) Räume erstrecken, die einen Bestandteil des Wohngebäudes bilden. Der Reichszuschuß ist in solchen Fällen nach den Gesamtkosten der Instandsetzungsarbeiten zu bemessen.

Hotels, Gasthäuser u. dgl., die nur dazu dienen, Personen, die ihren eigentlichen Wohnsitz an einem anderen Orte haben, einen vorübergehenden Aufenthalt zu ermöglichen, werden regelmäßig nicht als Wohngebäude im Sinne der erwähnten Reichsvorschrift angesehen werden können. Ob indes ein Gebäude, in dem sich eine oder mehrere Wohnungen befinden und ein Teil der vorhandenen Räume an Logiergäste usw. vermietet wird, noch als Wohngebäude gilt (d. h. als ein Gebäude, das in überwiegendem Maße dazu bestimmt ist, Familien oder Einzelpersonen eine dauernde Unterkunft zu bieten), hängt von der Beurteilung des Einzelfalles ab und muß dem pflichtmäßigen Ermessen der Gemeinden (Gemeindeverbände) überlassen bleiben.

4. Der Ersatz veralteter Heizanlagen in Wohngebäuden durch neuzeitliche Ofen oder Zentralheizungen wird regelmäßig als „Erneuerung der Heizanlagen“ im Sinne der Ziffer 12 der Bestimmungen des Reiches und somit als zuschufähig anzusehen sein.

5. Die Kosten für neue Anlagen, wie Licht- und Gasleitungen,

Heizungen, Spülloabot sowie Badeanlagen einschließlich der erforderlichen Anschlüsse an die Kanalisation, Wohnungsabschlüsse gegen das Treppenhaus u. dgl. sind bei der Bewilligung von Reichszuschüssen zu berücksichtigen, wenn sie im Zusammenhang mit größeren Instandsetzungs- oder Umbauarbeiten hergestellt werden.

6. Für die Fertigstellung der aus Mangel an Mitteln stillgelegten Wohnungsbauten oder für die Errichtung von Neubauten als Ersatz zur Verfallbräuf der Reichszuschüsse nicht bewilligt werden.

7. Eine Vorschrift darüber, ob die Reichszuschüsse auch an Ausländer für ihren deutschen Grundbesitz gegeben werden können, ist in den Bestimmungen des Reiches nicht vorgesehen. Da das Hauptziel der Maßnahme die Beschaffung von Arbeit ist, erscheint es an sich vertretbar, die Bewilligung der Zuschüsse auch an ausländische Hausbesitzer zuzulassen, soweit die vorhandenen Mittel durch Berücksichtigung begründeter Anträge deutscher Hausbesitzer nicht in Anspruch genommen werden.

8. Soweit bisher anders als vorstehend angegeben verfahren worden ist, insbesondere in den in Ziffer 3 Absatz 2 dieses Abschnittes vorgesehenen Fällen, kann es dabei sein Bewenden behalten.

### III.

1. Es ist in letzter Zeit mehrfach die Zuteilung weiterer Mittel für Instandsetzungsarbeiten sowie für die Teilung von Wohnungen und den Umbau gewerblicher Räume zu Wohnungen beantragt worden. Ich bemerke hierzu, daß die Bereitstellung weiterer Reichsmittel in Aussicht genommen ist. Bei den zuständigen Reichressorts sind jedoch die Verhandlungen darüber noch nicht abgeschlossen.

2. Aus haushaltsrechtlichen Gründen kann es nicht zugelassen werden, daß die nicht mehr benötigten Mittel für Zuschüsse (Runderlaß des Herrn Ministers für Volkswohlfahrt vom 31. Juli 1932 — II, 7607 31, 7, — usw.) zur Gewährung von Kapitalzuschüssen nach dem Runderlaß des Herrn Ministers für Volkswohlfahrt vom 29. September 1932 — II, 4400 1/17, 9, II 7 — verwendet werden.

## Wettbewerbe.

**Berlin.** Wettbewerb für den Reichsbankneubau in Berlin. Nachdem der Bund Deutscher Architekten (BDA) in einer Eingabe an das Reichsbankdirektorium, den Reichsinnenminister und den preussischen Kultusminister die Ausschreibung eines Wettbewerbs unter den deutschen Architekten für den Entwurf zum neuen Berliner Reichsbankgebäude beantragt hatte, hat die Reichsbankleitung erfreulicherweise ihre Absicht, den Entwurf in einem eigenen Baubüro herstellen zu lassen, geändert und sich für einen Wettbewerb entschieden. Ueber die Form und Bedingungen des Wettbewerbs haben die Verhandlungen eingesetzt. Der Bund Deutscher Architekten, die Gesellschaft für Bauwesen sowie der Reichswettbewerbsschuss haben hierzu beantragt, einen allgemeinen Wettbewerb unter deutschen Architekten auszusprechen.

**Berlin.** Die Entscheidung über das Reichsreichnmal. Das von der Stiftung Reichsdenkmal berufene Preisgericht hat dem Entwurf der Professoren Bieber und Wackerle (München), dem Entwurf der Professoren Usert Janssen und Heinz Wetzel (Stuttgart) sowie dem Entwurf von Professor Kreis (Dresden) je einen Preis von 3000 Reichsmark zugesprochen. Ferner hat der Entwurf von Regierungsbaumeister Blecken, Regierungsbaumeister Brenhäuser und Architekt Holborn (Duisburg) einen Preis von 1500 Reichsmark, und der Entwurf von Diplomingenieur Pfeiffer-Haardt (München) in Verbindung mit dem Glockenvorschlag Otto Schilling (Apolda) einen Preis von 1000 Reichsmark erhalten. Das Preisgericht hat die Stiftung Reichsdenkmal von den mit gleichen Preisen ausgezeichneten drei Entwürfen in erster Linie den Entwurf Bieber—Wackerle (München) zur Ausführung empfohlen. Der Entwurf Bieber—Wackerle zeigt ein rein architektonisches Motiv, einen Glockenturm, eine Gedächtnishalle und einen Raum für die Ehrenwache. Der Entwurf Janssen—Wetzel löst die gestellte Aufgabe landschaftlich. Er lehnt sich an die landschaftlichen Gegebenheiten an und vermeidet jeden Eingriff in den Waldbestand. Der Verfasser benützt die große Lichtung der Dreieckswand zur Anlage einer Terrasse am oberen Waldrand. Der Entwurf Kreis (Dresden) sieht eine monumentale Lösung vor, ein tempelartiger Bau, in dessen Mitte sich die Figur der trauernden Mutter Deutschland erhebt.

Der Entwurf Blecken—Brenhäuser—Holborn beschränkt sich auf die Anlage einer Terrasse auf der Höhe des Abhanges an Eingang zum Heiligen Hain, schließt den Hain bis an die Terrasse mit dem torartigen Bau ab und legt das Ehrenmal in die Mitte des Heiligen Hains in Form eines an die Idee des Theodorichmals in Ravenna erinnernden Rundbaues. Vom Preisrichterkollegium ist anerkannt worden, den Glockenvorschlag von Schilling (Apolda) aus dem Entwurf Pfeiffer—Haardt mit dem Entwurf Janssen zu verbinden. Die Stiftung Ehrenmal, die jetzt das Wort hat, ist an den Spruch des Preisrichterkollegiums nicht gebunden. Es ist beabsichtigt, in kurzem eine Ausstellung der 20 Entwürfe zu veranstalten. Man rechnet damit, daß mit dem Einsetzen der warmen Witterung mit dem Bau begonnen wird, d. h. wenn bis dahin die endgültige Entscheidung über den zu wählenden Entwurf gefallen ist. Es ist daran gedacht, auch den freiwilligen Arbeitsdienst zum Bau mit heranzuziehen. Bereits im Mai 1932 hat bekanntlich die erste Sitzung des Preisrichterkollegiums stattgefunden. Hier wurden von insgesamt 1828 eingereichten Entwürfen 20 in die engere Wahl gestellt, die jetzt vervollkommen und ausgebaut zur Prüfung standen.

## Bücherschau.

**„Siedeln und Bauen ohne Geld.“** Das Finanzierungsproblem, die „Frage der langfristigen Kredite in neuem Lichte, von Ber. Ing. E. M. Klags. Verlag Paul Förster, Breslau 10, Matthiasstraße 29. — Preis 0,50 RM. — Bücher soll man nicht nach ihrer Stärke und der äußeren Aufmachung beurteilen, denn sonst würde man achlos an dem vorliegenden Broschürchen „Siedeln und Bauen ohne Geld“ vorbeigehen. Dem zünftigen Volkswirtschaftler freilich dürfte es schwer fallen, sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß es möglich sein sollte, die Wirtschaft ohne Geld und ohne Staatskredite wieder in Gang zu bringen, aber für solche Leute ist dies Heftchen sicher nicht bestimmt. Diese Herren mögen ruhig auf die Regierung, die selber nicht mehr weiß, wo sie die Mittel hernehmen soll, vertrauen. Es gibt da ein altes Sprichwort: „Hoffen und Harren macht manchen zum Narren.“ Wer dagegen noch gesunden Menschenverstand hat und an die eigene Kraft glaubt, der wird leicht verstehen, was die Arbeitsgemeinschaft will. Freilich, Wirtschaftsankehrung ohne gleichzeitige Vermögensbildung, ohne gleichzeitige Ansammlung von Ersparnissen kann auch eine Selbsthilfe nicht bringen. Der Kernpunkt der Arbeitsgemeinschaft, für die das Heftchen wirkt, ist jedoch, daß nur diejenigen zum Sparen angehalten werden, die durch erhöhten Lebensatz zum Sparen auch wirklich in der Lage sind. Es gibt da noch unendlich viel zu sagen, was aber weit über eine Buchbesprechung hinausgehen würde, muß ich deshalb darauf beschränken, allen zuzurufen: „Lest, denn das Heftchen gibt neuen Lebensmut.“ L.

**Oesterreichischer Bau- und Zimmermeister-Kalender 1933.** Verlag Moritz Perles, Wien I, Seilergasse 4. Preis 4 RM. — Im Vorjahre ist der Kalender in beachtenswerter Weise ausgebaut worden. Die diesjährige Ausgabe steht ihrer Vorzüge nicht nach und weist eine sorgfältige Überarbeitung auf. Ein Baukalender, wie er sein soll, und wie ihn der Fachmann braucht.

**Regenhard's Geschäfts-Kalender für den Weltverkehr.** Das Handbuch für direkte Auskunfts- und Inkassos. 58. Jahrgang 1933. C. Regenhard AG, Berlin N 24, Friedrichstraße 110/112. Preis 11 RM. Wer als Kaufmann Wert auf geschäftliche Beweglichkeit und Schlagfertigkeit legt, wird den neuen Jahrgang dieses altbewährten Jahrbuches nicht missen wollen. Für alle nur nennenswerten Orte sind Gewährsleute und Auskunftsstellen verzeichnet, die ohne vorherige Vorstandslegung Auskunft gegen eine geringe Einzelgebühr erteilen. Inkassogeschäfte erledigen sich für solche Stellen in Anspruch genommen werden können. In der Form eines Ortslexikons mit allen erforderlichen Angaben, wie Einwohnerzahlen, Bahn- und Schiffsverbindungen, Zoll-, Handels- und Gerichtsbehörden sind ferner die Anschriften von Banken, Speditoren, Rechtsanwälten, Gerichtsvollziehern, Hotels angegeben. Die Neuausgabe ist, wie immer, gründlich berichtet und ergänzt worden. Durch die Neuaufnahme von vielen hundert Orten sowie die bereits berücksichtigten Veränderungen vieler Amtsgerichtsbezirke ist der „Geschäfts-Kalender“ auf den neuesten Stand gebracht worden, der größte Zuverlässigkeit und Brauchbarkeit gewährleistet.

**Wichtige Neuerungen im Zementkalender 1933.** Der Zementkalender 1933 ist erschienen (Zementverlag GmbH, Berlin-Charlottenburg 2, Kneeseckestraße 30, 430 Seiten stark, in Leinen gebunden 3,20 RM.). Er bringt eine völlige Umgestaltung des redaktionellen Teiles. Änderungen mußten fast in allen Abschnitten des Kalenders vorgenommen werden. Von den wesentlichen Neuerungen des Zementkalenders 1933 nennen wir u. a. die vollständig neuen Zementnormen, die neuen Lieferungsbedingungen des DZB, die Richtlinien für den Bau von Zementsofortstrassen und die neuen Eisenbetonbestimmungen und die diesen entsprechenden neuen Anwendungsbeispiele. Der gesamte übrige Inhalt mußte an die verschiedenen neuen Vorschriften angepaßt werden. Der Kalender ist daher in seiner letzten Fassung ein unentbehrlicher Ratgeber für jeden Interessierten des Baugewerbes.



# Das Arbeitsbeschaffungsprogramm.

## Verordnung zur Durchführung der Arbeitsbeschaffung.

Im „Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger“ vom 26. Januar 1933 ist eine Verordnung zur Durchführung der Arbeitsbeschaffung veröffentlicht.

Die Verordnung enthält Vorschriften über die Vereinachung und Beschleunigung von landesrechtlichen Verfahrensvorschriften bei der Aufnahme von Darlehen durch Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstige öffentlich-rechtliche Körperschaften. Sie beruht auf Vorschlägen der einzelnen Länder, die eine derartige Vereinachung nicht aus eigenem Recht vornehmen konnten.

Für Preußen ist bestimmt, daß über die Aufnahme von Darlehen für die Zwecke der Arbeitsbeschaffung in Provinzen (Bezirksverbänden) der Provinzialausschuß (Landesausschuß, im Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk der Verbandsausschuß und in Landkreisen der Kreisausschuß) die Darlehensaufnahme beschließen kann. Bei Landkreisen gilt dies nur dann, wenn der Kreisausschuß im Hinblick auf den Zeitpunkt der Eingangsfrist der im Wege der Arbeitsbeschaffung auszuführenden Arbeiten die Eignung des Kreistages nicht für geeignet hält.

Für Thüringen ist bestimmt, daß durch die Landesregierung die Vorstände der Stadtkreise und Gemeinden, sowie die Landräte der Landkreise ermächtigt werden, ohne Zustimmung der Beschlußkörperschaften, Darlehen für Zwecke der Arbeitsbeschaffung aufzunehmen.

Für die Freie und Hansestadt Hamburg ist der Senat ermächtigt, für Zwecke der Arbeitsbeschaffung Darlehen ohne Genehmigung der Bürgerschaft aufzunehmen.

Im Freistaat Braunschweig soll über die Aufnahme von Darlehen und die Übernahme wechselseitiger Verpflichtungen für die Zwecke der Arbeitsbeschaffung an Stelle des Gemeinderates, der Stadtverordnetenversammlung und des Kreistages, eine von der obersten Landesbehörde zu bestimmende Verwaltungsbehörde beschließen.

Im Freistaat Aachen bedarf es zur Aufnahme von Darlehen und zur Übernahme wechselseitiger Verpflichtungen für Zwecke der Arbeitsbeschaffung, soweit das Aachen-Träger der Arbeit, so des Fürstentums des Landtages nicht. Sind Gemeinden oder Gemeindeverbände (Kreiszwischenglieder) Träger der Arbeit, so beschließen über die Aufnahme von Darlehen und die Übernahme wechselseitiger Verbindlichkeiten an Stelle der sonst zuständigen Gemeindeorgane in Städten der Bürgermeister, in Dörfern der Schulze, in Kreisen der Landrat, in Zweck- und Fürstengemeinschaften der Vorstandsvorsitzer.

Für Preußen sind die Verwaltungsorgane des Landes, der Gemeinden, Gemeindeverbände, sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts, sowie gemeinschaftlichen Unternehmungen ermächtigt, für Zwecke der Arbeitsbeschaffung in Abweichung von landesrechtlichen und satzungsmäßigen Bestimmungen Darlehen aufzunehmen oder wechselseitige Verpflichtungen einzugehen. Die etwa erforderliche Genehmigung der Aufsichtsbehörden können an Stelle der kollegialen Beiräte allein durch ihre Vorsitzenden erteilt werden.

## Die Verteilung der Mittel aus dem Sofortprogramm.

Da über die Verteilung der 600 Millionen Reichsmark für das Sofortprogramm, die die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach inneren Meinungsverschiedenheiten bestehen, wird von zuständiger Stelle noch einmal betont, daß für Zwecke des Reichs und der Reichsbahn 100 Millionen RM. bereitgestellt werden, so daß für die Anträge der Gemeinden, Gemeindeverbände usw. 400 Millionen RM. verbleiben. Von den ersten 100 Millionen RM. werden 40 Millionen für die Fortführung der vorstädtischen Kleinstadtschlüsse, das heißt der sogenannten Stadtrandsetzung, zur Verfügung gestellt. Mit diesen Summen hofft man, 15 000 neue Kleinstadtschlüsse zu schaffen.

Bei der Durchführung dieses Planes sollen die bisherigen Erdbrücken Verwendung finden und eine Vereinfachung platzfinden. In erster Linie sollen kinderreiche Familien berücksichtigt werden und bei der Vergebung der Ocker sollen die mittleren und kleinen Gemeinden, die bisher schlechter gestellt sind, stark in den Vordergrund treten. Sobald die Witterungsverhältnisse es erlauben, wird mit dem Bau dieser 15 000 Kleinstadtschlüsse begonnen werden.

Es ist noch darauf hinzuweisen, daß bisher die Summen für die Stadtrandsetzung innerhalb des Reichsstatuts zur Verfügung gestellt wurden und jetzt erstmalig im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms bewilligt worden sind. Dafür sind, wie weiter mitgeteilt wird, andere Arbeiten, die ursprünglich der Arbeitsbeschaffungskommission vorgesehen und zurückgestellt hatte, auf andere Weise finanziert.

Für diese Stadtrandsetzung zur Verfügung gestellten 40 Millionen aus dem Sofortprogramm soll dann ein Ansehen in der Weise gegeben werden, daß andere Arbeiten durch Mittel außerhalb dieses Programms finanziert werden sollen.

Die Bereitstellung von 100 Millionen für die Zwecke des Reichs und der Reichsbahn würde bedeuten, daß die Anträge der Reichsbahn auf Finanzarbeiten aus dem Sofortprogramm, die, wie auch in der Sitzung des Verwaltungskomitees festgestellt wurde, sich auf 150 Millionen belaufen, nicht voll befriedigt werden können. Eine endgültige Entscheidung, bis zu welchem Betrage die Vorschläge der Reichsbahn angenommen werden, steht noch aus.

## Die neuen Reichszuschüsse für Hausreparaturen und Wohnungsstellungen.

Von den insgesamt 50 Millionen erneuten Reichszuschüssen für Hausreparaturen sind bereits 40 Millionen den einzelnen Ländern zugeteilt worden, wobei zu Preußen mit 24,48 Millionen oder einem Hundertsatz von 61,2 der höchste Anteil entfällt. Diese 24,48 Millionen entfallen je zur Hälfte auf Instanzen von Wohngebäuden und die Verteilung von Wohnungen usw. Bayern ist mit 4,72 Millionen oder einem Prozentsatz von 11,8 vertreten, Sachsen erhält 8 Prozent bzw. 3,2 Millionen, Württemberg 1,64, Baden 1,48, Thüringen 1,04 Millionen RM. Der Anteil der übrigen Länder liegt unter einer Million.

Die auf die Länder entfallenden Einzelsummen werden immer je zur Hälfte für die Wohnungsinstandsetzung und die Wohnungseinrichtung be-

stimmt. Die verbleibende Summe von 10 Millionen kommt erst nach Eingang der einzelnen Anträge zur Verteilung. Die zuständigen Stellen sind daher gebeten worden, bis zum 10. März 1933 über die Verfügung der Mittel zu berichten. Vermerkt sei noch, daß alle Arbeiten spätestens bis zum 1. Juli 1933 beendet sein müssen. Durch diese Bestimmung soll im Interesse der Arbeitsbeschaffung verhindert werden, daß sich die Durchführung der Arbeiten über einen zu langen Zeitraum erstreckt.

Im Zusammenhang mit der Bewilligung dieser zweiten 50-Millionen-RM.-Rate für Hausreparaturen und Wohnungsinstandsetzung kommt der Reichsarbeitsminister nochmals in einem besonderen Erlaß an die Wohnungsinstandsetzungsstellen der Länder heran. Er betont die Wichtigkeit der beschlossenen Maßnahmen und die Notwendigkeit, diese beschleunigt durchzuführen zurück. (Siehe Seite 47 dieser Nummer.) Ueber die soeben erfolgte Änderung der Durchführungsbestimmungen hinsichtlich der unteren Wertgrenze der einzelnen Arbeiten von 250 auf 100 RM. und Einbeziehung der Instandsetzung leerer Wohnungen — erklärt sich der Reichsarbeitsminister auch damit einverstanden, kleinere Instandsetzungsarbeiten dann mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen und wirtschafflichen Gründen gleichzeitig mit größeren durchgeführt werden.

Die Herabsetzung der Wertgrenze ist erfolgt, damit auch aus dem kleineren und mittleren Gemeinden die Zuschüsse mehr als bisher zugute kommen.

Besonderer Wert ist auf die sofortige Inangriffnahme der Arbeiten zu legen, um gerade in den ausgiebigsten Wintermonaten möglichst viel Arbeit zu schaffen. Die mit der Vergebung der Einzelsätze beauftragten Stellen werden daher, da aufhingewiesen, daß nur unter Umständen unverzüglich Zuschüsse für diejenigen Arbeiten zugesagt werden müssen, die sofort begonnen werden können.

Solange Anträge für derartige Arbeiten noch vorliegen, dürfen andere nicht berücksichtigt werden. Der Minister betont dann noch, daß im Interesse der Arbeitsbeschaffung unbedingt erreicht werden muß, daß sich die Wirkung der Zuschüsse besonders in den nächsten Wochen bemerkbar macht.

## Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft nahm in der am 23. Januar stattgefundenen Sitzung Kenntnis von der Durchführung des 280-Millionen-Reichsmark-Arbeitsbeschaffungsprogramms, das zu 180 Millionen Reichsmark aus Steuergutschriften und zu 100 Millionen Reichsmark auf dem Kreditwege finanziert wird. Von Oktober bis Dezember 1933 sind Aufträge in Höhe von 146 Millionen Reichsmark vergeben worden. Die restlichen 134 Millionen Reichsmark sind den Reichsbahndirektionen voll zugeteilt; ihre Antragsstellung ist in vollem Gange. Soweit es bei Frost möglich ist, wird bereits gearbeitet; die Außenarbeiten werden wieder einsetzen, sobald es die Witterung zuläßt.

Für das neue Sofort-Programm des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung hat die Reichsbahnverwaltung Vorschläge für Arbeiten bei der Reichsbahn in Höhe von 150 Millionen Reichsmark gemacht, die den der Darlehensgewährung geknüpften Bedenkungen — Wirtschaftlichkeit und hoher Anteil an den Gesamtkosten — entsprechen. Die Reichsbahn hat in ihrem Programm 2 die Elektrifizierung der Strecken Magdeburg—Halle und Augsburg—Nürnberg vorgesehen. Sie beabsichtigt, diese Arbeiten vordringlich auszuführen, ohne Rücksicht darauf, welche Mittel ihr vom Reichskommissar bewilligt werden.

## Neue Mittel für Bodenverbesserungsarbeiten.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft wird nunmehr in Uebereinstimmung mit dem Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung weitere 20 Millionen RM. zur Ausführung von landwirtschaftlichen Bodenverbesserungsarbeiten im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms zur Verfügung stellen. Bis zum 1. April 1933 sind demnach auf Grund der Notverordnung 14 Millionen RM. für landwirtschaftliche Meliorationen 45 Millionen RM. bereitgestellt worden. Für den gesamten Kreditbetrag von 45 Millionen RM. ist es durch Entgegenkommen des Reichsministers der Finanzen möglich geworden, die Darlehensbedingungen auf 3 Prozent Zinsen, 0,5 Prozent Verwaltungskosten und 3,24 Prozent Tilgung (nach 3 Freizahlen), d. h. um insgesamt 34 Prozent zu ermäßigen. Anträge sind an die Provinziellen Landesbanken zu richten.

Um Irrtümern zu vermeiden, sei darauf hingewiesen, daß für die vom Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung demnächst bereitzustellenden Mittel andere Bedingungen und Vorschriften gelten.

## Die Reichsbaudarlehen für Eigenheime.

Der Eigenheim- und Siedlungsbau ist für das Hausverwerbe nichts Erhebliches. Dies ist an dieser Stelle schon wiederholt zum Ausdruck gebracht worden. Gleichwohl muß er in Betracht gezogen werden. Da interessiert nun folgendes: Im Bezirke Stollberg i. Sa. wandte sich der amtierende Regierungsassessor gegen die unaffordablen Bedingungen bei der Vergabe von Reichsbaudarlehen für Eigenheime, und er führte an Tatsächlichem dabei an: Der Bezirk Stollberg einschließlich der Stadt Stollberg haben insgesamt 32 000 RM. erhalten. 62 Anträge sind eingegangen, 17 scheiden von vornherein aus, 45 sind noch zu erledigen. Im Normalfalle gibt das Licht höchstens 1500 RM. Die Vergabebedingung ist aber immerhin sehr hart, daß die Darlehenssuchenden von der Darlehensaufnahme absehen, weil sie anderwärts billigeres Geld zu erträglichen Bedingungen erhalten können. Zins- und Tilgungssätze und die Verwaltungsgebühren sind übersteuert. Nun sind die 32 000 RM. kaum unterzubringen.

Der anwesende Amtshauptmann erklärte: Die Reichsregierung hat wieder einmal vom frühen Tisch aus Hoffnungen erweckt, die nie in Erfüllung gehen können.

Und der Beiratsausschuß brachte sich Befremden darüber zum Ausdruck, daß die von der Reichsregierung aufgestellten harten Bedingungen zu wenig bekannt gemacht worden seien.

Wie aber erkeunten: Man bietet eine Taube an, hinterher ist diese „Taube“ aber nichts anderes als ein dummer Spatz! — — —

## Die Not des Handwerks.

Der Reichsverband des deutschen Handwerks veranstaltete am 27. Januar im Plenarsitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses eine stark besuchte öffentliche Kundgebung, an der u. a. Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold, Staatssekretär Dr. Grieser, der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Große, Reichsminister für das Handwerk und Kleinergewerbe, Ministerialrat Dr. Hoppe, sowie verschiedene Reichs- und Landtagsabgeordnete erschienen waren.

Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold überbrachte die Grüße der Reichsregierung. Die heutige Tagung stehe wiederum wie die vorherige im Zeichen der Not, die alle Kreise der Wirtschaft erfaßt habe.

Die Regierung stehe ständig in unserer Fühlung mit den Vertretern des Handwerks und niemand in der Regierung habe die Auffassung, daß man dieser Not tatenlos zusehen könne. Es geschehe alles, was möglich sei, um dieser Not zu steuern.

So habe die Reichsregierung zugunsten der gewerblichen Genossenschaftlichen Bürgschaften im Rahmen von 65 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt. Weiterhin seien diesen gewerblichen Kreditgenossenschaften 32 Millionen Reichsmark als vorläufige Zuschüsse zugeführt worden, und die Reichsregierung habe beschlossen, dem Reichspräsidenten vorzuschlagen, diesbezügliche um einen halben weiteren verlorenen Zuschuss in Höhe von 28 Millionen Reichsmark zu erweitern.

Zur Deckung derjenigen Verluste gewerblicher Genossenschaften, die aus ihren landwirtschaftlichen Kreditgeschäft erwachsen seien, würden im Zuge der Sanierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften 20 Millionen RM. verwendet werden. Für die sogenannte Kleinkreditaktion habe die Reichsregierung der Bank für deutsche Industriebank 40 Millionen RM. in Form von Reichsschatzungen zugewiesen, um Kredit an das mittlere und kleine Gewerbe zu ermöglichen. Die für die Justizsetzungssachen an Wohngebäuden bereitgestellten 50 Millionen Reichsmark, deren Erhöhung um weitere 50 Millionen Reichsmark zugesagt sei, würden vornehmlich den handwerklichen Betrieben zugute kommen. Schwierigkeiten bei der Finanzierung des durch den Zuschuß nicht gedeckten Teiles von 80 v. H., würden hoffentlich mit Hilfe des Reiches in Kürze beseitigt sein.

Zu dem Kapitel Schwarzarbeit bemerkte der Minister, daß die Regierung ernstlich bemüht sei, diesen Mißstand zu beseitigen. Auch eine Erweiterung des Verbots der Errichtung neuer Feinbeitspressen sei im Interesse des Handwerksmittelsandes erfolgt. Weiter sei eine Untersuchung über die Fälschbarkeit der Reichsbetriebe der öffentlichen Hand im Gange, deren Ergebnis demnächst dem Reichsrat zugeleitet werde.

Sodann hielt der Präsident des Statistischen Reichsamts, Professor Dr. Wagmann, einen Vortrag über das Thema: „Handwerk und Volkswirtschaft.“ Die technischen Maßnahmen, die das Handwerk zur Anpassung an veränderte Produktionsbedingungen in der Nachkriegszeit getroffen hat, so sagte der Redner, spiegeln sich darin wieder, daß von den Gesamtinvestitionen des Handwerks in den Jahren 1924 bis 1928 von etwa rund 127 Milliarden Reichsmark und 705 Millionen Reichsmark in Anlagen-Ausgaben in den Jahren 1924 bis 1928 etwa ein Siebtel der gesamten industriellen Neuinvestition aus.

Hierauf sprach der Vorsitzende des Reichsverbandes des deutschen Schlosserhandwerks, Obermeister François (Maedeburg), zum Thema der Arbeitsbeschaffung. Er sagte, das Handwerk müsse die Beseitigung der Hauszinssteuer fördern. Das Handwerk fordere weiter stärkere Berücksichtigung bei der Vergütung von Arbeitern, insbesondere durch die Reichspost, die Reichsbahn und die Heeresverwaltung. Es erhob Einspruch gegen die Maßnahmen vieler Gemeinden, die in dieser Notzeit Handwerkerrechnungen nicht bezahlen, und gegen den durch Nollverordnung geschaffenen Vollstreckungsschutz für die Landwirtschaft.

Der Präsident der Handwerkskammer Bayreuth, Baumeister Keil, bezog sich auf die Schwarzarbeit als das Krebsleiden in der Notlage des Mittelsandes.

Über die Einschränkung der Gewerbefreiheit sprach der Drechslerobermeister Feuerbaum (Dortmund) als Vorsitzender des wustfälischen Handwerksbundes. Obermeister Kuntzsch (Dresden) als Vorsitzender des Landesausschusses des sächsischen Handwerks sprach über öffentliche Hand, Arbeitsdienst und Siedlung.

Es wurde dann eine Entschließung angenommen, in der u. a. auf den erbitterten Kampf des Handwerks um die Erhaltung seiner Betriebe hingewiesen wird.

Das Einkommen der Bevölkerung sei demnach gesunken und obendrein derart mit Steuern und Abgaben belastet, heißt es weiter, daß Ausgaben für handwerkliche Leistungen immer weniger gemacht werden können. Infolgedessen habe die Schwarzarbeit einen nie für möglich gehaltenen Umfang angenommen und die ohnehin beschränkte Vergebung öffentlicher Arbeiten bedinge die Notlage der verzeitelten Arbeiter in der Reichsindustrie. Die Folge dieser Zustände sei der wirtschaftliche Untergang zahlreicher selbständiger Handwerker gewesen, der sich täglich in erschreckendem Umfang fortsetzt. Der Führer im Handwerk sei es nicht möglich, den Unmut ihrer Schutzbehörden länger niederzulegen und Ausbrüchen der Verzweiflung vorzubeugen.

Wir warnen deshalb, so heißt es zum Schluß, in letzter Stunde vor den Folgen einer weiteren Verschärfung des Handwerkersteuern. Wir verlangen Arbeit zu gerechten Preisen und widrigen sie entgegen.

Die Entschließung wird den zuständigen Stellen der Reichsregierung und der Wirtschaft zugeleitet werden.

## Warum denkt man nicht an die Bauhandwerkerforderungen?

Brandfällen die von der Landesbrandversicherung zur Auszahlung kommenden Entschädigungsbeträge nicht immer den auf Wiederaufbau beteiligten Handwerkern und Gewerbebetriebe reiblos zugeführt, sondern

vielfach zu anderen Zwecken verwendet wurden. Die Handwerkerrechnungen aber blieben teilweise unbezahlt.

Zur Behebung solcher Mißstände hielten die sächsischen Gewerbe- und Bauhandwerkern für notwendig, um die Brandentschädigungsgelder dem Handwerk und Gewerbe sicherzustellen. Sie beantragten daher eine Änderung des § 98 des Gesetzes über die Landesbrandversicherungsanstalt durch Einfügung einer weiteren Bestimmung, wonach vor der Auszahlung der zweiten Hälfte der Versicherungssumme nachzuweisen ist, daß die Forderungen der Handwerker entweder bereits bezogen oder in angemessener Weise durch Hypothekenbestellung gesichert sind.

Die sächsische Regierung flachte indes, wie wir berichteten, die Notwendigkeit einer solchen Gesetzesänderung nicht an. Sie beantragte, wobei sie darauf hinwies, daß die Bauhandwerker vor Ausführung der Wiederherstellungskosten die Abtretung der Entschädigungssumme nach § 97 des Brandversicherungsgesetzes zu verlagern in der Lage sind. Durch diese Vorschrift sei ein hinreichender Schutz vor Benachteiligung gegeben.

Die sächsischen Gewerbe- und Bauhandwerkern vernichteten jedoch der Auffassung des Ministeriums nicht beizutreten. Vor allem hoben sie in einer erneuten Berichterstattung hervor, daß sich die Bauhandwerker vielfach schleunigst jener Gesetzbestimmung Gebrauch zu machen, weil sie angesichts des großen Überangebotens befürchten müssen, den Auftrag zu verlieren. Deshalb sei ein anderweiter Schutz der Handwerker unerlässlich. Die sächsischen Kammern beantragten nochmals die Ausgestaltung des Brandversicherungsgesetzes in der eingangs gekennzeichneten Richtung.

Daß sich die Kammern hierbei mit wohlverstandenen Interesse der Bauhandwerker verbinden, ist ihnen inzwischen bestätigt worden durch Resolutionen verschiedener Innungen und Arbeitgeberverbände. Überbieten bei der Anlage der sächsischen Kammern auch bereits in anderssächsischen Kreisen Interesse gefunden. Es darf angenommen werden, daß auch in Preußen, Bayern usw. demnächst hinsichtlich der Sicherstellung von Entschädigungsgeldern aus der Brandversicherung zugunsten der Bauhandwerker Vorstellungen erhoben werden. Wenn wir recht unterrichtet sind, hat die Handwerkskammer von Oberbayern bereits die Forderung ausgedrückt, um durch das Ministerium zu erfahren, wie es sich zur Sache stellt.

**Fortsetzung der Stadtansiedlung.** Nach einem Erlaß des Reichsfinanzministers, der auf eine Anregung des Reichsarbeitsministers zurückzuführen ist, können die Vorarbeiten für die im Rahmen der im Jahre 1932 vom Reichsarbeitsminister vorgezeichneten vorläufigen Kleinstsiedlungen im Ausmaß von zunächst 10 Millionen RM. begonnen werden. Das ist deshalb zu begrüßen, weil die Vorbereitungsarbeiten für diese Siedlungen im allgemeinen erhebliche Zeit in Anspruch nehmen. Allerdings dürfen Zahlungen erst nach Verabschiedung und Genehmigung des Haushalts 1933 geleistet werden. Der Reichsarbeitsminister hofft, daß für die Folge mit geringeren Bankkosten und damit auch mit einem geringeren Reichsdarlehensauskommen ist. Auf jeden Fall sei eine Verlenkung der Bankkosten anstrengt werden. Der Minister wird bei der Zuteilung der Mittel diejenigen Siedlungsvorhaben besonders bevorzugen, bei denen die Bankkosten gesenkt sind und deshalb ein Reichsdarlehen von höchstens 2 250 RM. benötigt wird.

**Bedarf an Kleinstwohnungen.** Die Drückung der Wohnungsbau-tätigkeit dürfte in kurzer Zeit auch in Schlesien zu ersten Folgen führen. In Schlesien gibt es rund 12 Millionen Wohnungen, wovon etwa 200 000 in der Nachkriegszeit erstellt wurden. Hierdurch wird jedoch der schlesische Wohnungsbedarf, vor allem der an Kleinstwohnungen, nicht gedeckt. In Niederschlesien allein müssen schon jetzt etwa 30 000 Familien ein Unterkommen suchen, weil sie die Mittel für eine eigene Wohnung nicht mehr aufbringen können. Auch durch die Teilung von großen Altwohnungen, wodurch im Jahre 1932 in Niederschlesien etwa 2000 Wohnungen geschaffen wurden, den Umbau gewerblicher Räume zu Wohnzwecken und den Bau von Siedlungshäusern kann der Wohnungsbedarf nicht gedeckt werden.

**Bekämpfung der Schwarzarbeit bei landwirtschaftlichen Siedlungen.** Die Fachgruppe Bauministerie des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hatte sich um einer besonderen Eingabe an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft gewandt und darum gebeten, die Hergabe öffentlicher Mittel für landwirtschaftliche Siedlungen und ebenso für die Ansiedlung landwirtschaftlicher Bauern in die Bedingung zu knüpfen, die Ausführung solcher Arbeiten Schwarzarbeitern nicht zu überlassen. In Unterstützung dieser Eingabe war auch der Reichsverband des deutschen Handwerks beim Reichskommissar für das Handwerk und das Kleinergewerbe vorstellig geworden. Dieser hat nunmehr mitgeteilt, daß die Frage eines Verbots der Schwarzarbeit bei der Gewährung von Zuschüssen für landwirtschaftliche Siedlungen zur Zeit den Gegenstand von Verhandlungen zwischen dem Reichswirtschaftsminister und dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bildet. Es ist dringend zu erwarten, daß diese Verhandlungen zu einem Verbot der Beauftragung von Schwarzarbeitern, wie das ja auch bei den Altbau-reparaturen mit Reichszuschuß und bei den Reichsarbeitsministerien erlassenen Bestimmungen über Reichsbauarbeiten für Eigenheim durchgeföhrt ist, führen.

Für Berücksichtigung des ortsansässigen Kleinergewerbes, Der Handelsausschuß des Preussischen Landtages nahm einen deutsch-volksparteilichen Antrag an, wonach die Behörden ausdrücklich angewiesen werden sollen, bei allen Anträgen das ortsansässige Kleinergewerbe miteinbezogen zu berücksichtigen. Von dieser Berücksichtigung sollen grundsätzlich auch die staatlichen Beiträge für die Arbeitsbeschaffung abhängig gemacht werden. Ferner wird Einwirkung auf die Reichsregierung verlangt, daß dem privaten Gewerbe keine Aufträge durch den freiwilligen Arbeitsdienst entzogen werden. Ein nationalsozialistischer Antrag, der gleichfalls Annahme fand, enthielt dieselben Forderungen unter besonderem Hinweis auf Ostpreußen.

# Verschiedenes.

## Aussstellungswesen.

Die Normung auf der Leipziger Messe. Der Deutsche Normenausschuss, als Zentralstelle der gesamten deutschen Normungsarbeiten, ist auch zur diesjährigen Frühjahrsmesse wieder vertreten. Auf dem Stand 100 in Halle 9 werden sowohl Auskünfte über die Normung erteilt, als auch Druckschriften abgegeben und Bestellungen auf Normblätter angenommen. Eine vollständige Normblattsammlung, die zurzeit etwa 5000 Normblätter umfaßt, liegt zur Ansicht aus. Über die für bestimmte Fachgebiete vorliegenden Normen wird außerdem noch an anderen Stellen der Technischen Messe-Ausstellung erteilt, so z. B. für die Textilindustrie und den Textilmaschinenbau in Halle 8, für das Glaserwesen in Halle 21 und für die Elektrotechnik in Halle 10.

## Jubiläum.

Breslau. Die Handwerkskammer zu Breslau hat nachstehenden Personen Ehrenurkunden zum 25jährigen Meister- bzw. Geschäftsjubiläum verliehen: Maurermeister Adolf Ernst, Glatz; Maurermeister Friedrich Preißler, Glatz; Baumeister Emil Krumbach, Habelschwerdt; Maurermeister Ernst L. u. Habelschwerdt; Maurermeister Paul Dietze, Saarau.

Am 1. Februar ds. Js. konnte Steinsetzmeister Max Sering sein 50jähriges Meisterjubiläum begehen.

## Persönliches.

Landsberg a. W. Stadtbaurat Meyer wurde von der Stadtverordneten-Versammlung auf weitere 12 Jahre gewählt.

Keiße. Der Titel Baumeister wurde den Rechenzinsinspektoren Heß und Kell verliehen.

Schneidemann. Die Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung Baumeister, ist dem Stadtbausekretär August Keiße erteilt worden.

## Tarifangelegenheiten.

### „Zur Frage untertariflicher Lohnzahlung.“

Eine der grundlegendsten Bestimmungen der Tarifvertragsordnung vom 23. Dezember 1918 war die Unabhängigkeit. In Bezug auf die Lohnzahlung waren hier zwei unterschiedliche Momente zu beachten. Einmal stand es dem Arbeitnehmer nicht frei, im Einzelanstellungsvertrag nachträglich auf seinen Tariflohn zu verzichten. Zweitens konnte aber eine untertarifliche Entlohnung des Arbeitnehmers für die Zukunft nicht von vornherein vereinbart werden. In Wissenschaft und Praxis rang sich jedoch im Laufe der Jahre langsam die Anschauung durch, daß dieses starre System der Unabhängigkeit besonders unter veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen nicht zu halten sei. In der Rechtsprechung der Gerichte traten daher allmählich weitgehende Lockerungen ein.

Das erste Prinzip der Unzulässigkeit nachträglichen Tariflohnverzichtes ist schon seit einer Reihe von Jahren fallen gelassen worden. Dem Arbeitnehmer wurde nicht mehr das Recht zugesprochen, nachträglich den höheren Tariflohn einzuklagen, wenn er trotz Kenntnis des Tariflohn für einen geringeren Lohn vorübergehend gearbeitet hat. Es liegt in solchen Fällen ein vollkommen rechtsgültiger nachträglicher Verzicht auf fällig gewordenen Tariflohn vor. Ein solcher Verzicht wird z. B. schon darin erblickt, wenn der Arbeitnehmer den geringeren Lohn annimmt, ohne sich seine Rechte auf den höheren Tariflohn ausdrücklich vorzubehalten.

In einer neueren Entscheidung hat das Reichsarbeitsgericht aber nun auch das zweite Prinzip durchbrochen und einen Tariflohnverzicht für die Zukunft als mitleidig erklärt. Dem vorliegenden, besonders gelagerten Falle, der alle Instanzen durchlaufen hat, und den das Reichsarbeitsgericht in dritter und letzter Instanz zu entscheiden hatte, lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Ein Unternehmer in Dresden beschied eines Tages seine sämtlichen Angestellten zu sich und eröffnete ihnen, daß er nicht mehr in der Lage sei, sein Geschäft unter den bisherigen hohen Unkosten weiterzuführen. Er sei infolgedessen gezwungen, seinen Betrieb einzustellen, wenn die Angestellten nicht auf ihren Tariflohn verzichten und unter Tarif arbeiten würden. Sämtliche Arbeitnehmer erklärten sich daraufhin mit untertariflicher Entlohnung einverstanden.

Kurze Zeit später aber klagte ein mittlereweile aus einem anderen Grunde entlassener Angestellter auf Zahlung des Differenzbetrages zwischen dem erhaltenen und dem Tariflohn. Er machte geltend, sein Einverständnis mit der untertariflichen Entlohnung nur durch den Druck veranlaßt worden zu sein, im Ablehnungsfalle sofort gekündigt und ebenfalls zu werden. Das Reichsarbeitsgericht aber vermochte sich dieser Ansicht nicht anzuschließen und bekannte sich zur entgegen gesetzten Auffassung. Es wies die Klage ab. Aus den Urteilsgründen sei der grundsätzliche Bedeutung wegen folgendes hervorgehoben:

Ein unter erkennbarem Druck abgegebener Tariflohnverzicht ist zwar rechtsunwirksam. Unter Umständen kann sich aber das Gegenteil aus § 424 BGB. ergeben. Im vorliegenden Falle hat der Angestellte nicht wegen eines wirtschaftlichen Druckes auf seine Tariflohnzahlung verzichtet, sondern aus freien Stücken. Er machte geltend, daß er sich für den Tariflohn zu weigern, sich eigenen Nöten hinter die des Betriebes zurückzustellen. Er wies die Fortführung ohne die Gehaltsenkung nicht länger möglich war. Der Arbeitsvertrag hat sich bei Abnahme des untertariflichen Lohnes immer noch besser gestanden, als beim Festhalten am Tariflohn. Denn in diesem Falle wäre der Gesamtbetrieb nicht mehr lebensfähig gewesen und hätte geschlossen werden müssen. Um aber der dadurch bedingten Entlassung und deren Folgen zu entgehen, hat der Angestellte im Interesse der Fortführung des Betriebes freiwillig auf seinen Tariflohnverzicht, und dieser Verzicht ist rechtskräftig ausgesprochen. Auch die Frage der Zulässigkeit eines solchen Verzichtes übertrumpft, ist vom Gericht für solche Fälle ausdrücklich bestätigt worden. (11. Juni 1932. — RAG, 114/32.) cand. jur. Aug. Wittkamp, Dortmund.

## Todesfall.

Breslau. Architekt Leo Goepfer.

# Handelsteil.

## Eisen.

Preisermäßigung am polnischen Eisenmarkt. Die polnische Eisenindustrie hat in einer Sitzung in Warschau beschlossen, entsprechend den Wünschen der Regierung die Preise für Eisenabfälle allgemein um 10 bis 12 Prozent herabzusetzen. Die neuen Preise sollen sofort nach Eingang der neuen polnischen Staatsaufträge in Kraft gesetzt werden.

## Holz.

Vom ostpreussischen Holzmarkt. Am Rundholzmarkt Ostpreussens sind in letzter Zeit wieder zahlreiche Verkaufstermine in den Forsten festzustellen gewesen; interessant ist wieder das Ergebnis ihrer Durchschnittspreise: Kiefernholz 1b.—6. Klasse mit 60 Prozent Schneideholz 22 M., grobstämmiges Bauholz zum Teil blau 10 M., Sammelholz, blau 9,50 M.; 2a.—6. Klasse Schwammholz 9,50 M.; Abschnitte 9 M.; 1b.—5. Kl. Zerner aus Schilling, Bau- und Kistholz 7 M., Reste nach Wahlverkauf 13,50 M.; sessel 11,75 M.; 1b.—4. Klasse Bau- und Kistholz 7 M.; normal 15 M.; 2a.—4. Klasse 15 M.; 1b.—4. Klasse 14,50 M.; 1b.—4. Klasse 10,50 M.; 2a.—4b. Klasse 12,25 M.; Fichtenholz 1b.—2a. Klasse 8,50 M.; 1b.—3b. Klasse 6 M.; 4a.—6. Klasse 14,50 M.; 1b.—5. Klasse 9 M.; 2b.—4b. Klasse 10,75 M.; Kiefernklusternasen je fm 10 M. und 9,80 M.; Kiefernklusternasen je fm 8 M.; Eichenrundholz, ausgezeichnet 4. Klasse 30 M.; 5. Klasse 75 M.; 6. Klasse 85 M.; normal 2. Klasse 12 M.; Klasse 25 und 12 M.; 4. Klasse 35 und 12 M.; 5. Klasse 35 und 12 M.; 6. Klasse 35 M.; 3.—7. Klasse 30 M.; 3.—8. Klasse, gemischt 15 M.; 2.—7. Klasse Zipsen 10 M.; Buchenrundholz, normal 2.—6. Klasse je 7 M.; Weißbuchen 2. Klasse 12 M.; 3. Klasse 14 M.; Birken 2.—3. Klasse 15 M.; Linden 2. Klasse 17 M.; 3. Klasse 20 M.; 3.—4. Klasse 20 M.; Eschen, ausgezeichnet 4.—3. Klasse (ohne Rinde oder etwa 8 cm Minderdurchmesser) 40 M.; Zerner aus Schilling 1 Kl. 26 M. lang, etwa 8 cm Minderdurchmesser. Aus diesen Preisen, die die einzelnen Qualitäten sehr verschieden bezahlt werden, und daß vereinzelt sogar reine Meinungspreise gezahlt werden, daß aber im allgemeinen Durchschnitt die Preise für Bauholz niedrig liegen, während die für bestes Schneideholz erheblich hoch bleiben. (Geringe Kautschuk zeigte sich bei den größten Terminen in Ostpreußen, wo das beste ostpreussische Kiefernholz ausgebaut wird. Am Schnittholzmarkt bleibt es noch sehr ruhig. Die Nachfrage nach Stammware und astreinen Kiefern, die zum Einrichten ist, es schon vereinzelt zu geringen Absetzungen in frischer Kiefernstammware erkennen, wobei Preise von etwa 75 M. frei Berlin bei 70 Prozent I. Klasse genannt werden. Auch in astreinen Seiten ist der Bedarf gering. Wn.)

Vom nord- und ostdeutschen Holzmarkt. Die Festsetzung der Verkaufspreise ist jetzt nicht ganz einfach. Die Sägewerksbesitzer rechnen im Hinblick auf die ausbleibenden Einfuhrzollerhöhungen und den voraussichtlichen Bedarf mit Preissteigerungen, die auf 4 bis 5 Prozent geschätzt werden, während die Holzhandlungen sich dagegen sträuben. Es wurden aus Ostpreußen vom neuen Einschnitt 20 mm Schalbretter im Großmaß zu 28 Mark frei Waggon Berlin umgesetzt. Dachlatten brachten 30 bis 40 Mark. Bekannt wurden ferner zwei größere Verkäufe von gesägtem Bauholz aus einem unweit Berlin errichteten Betrieb der fiskalischen Bauholz verarbeitung, an Holzgroßhandlungen unweit Berlin. Zum Baumarkt und seiner Entwicklung besteht Vertrauen, und es erlotgen aus diesem Grunde sogenannte Meinungskäufe. Anders liegen die Dinge am Tischlerholzmarkt, wo die Aufträge der Großbauteilereien fehlen. Demzufolge bleibt es meist bei Verkäufen von kombinierten Sammeladungen, die dem Platzhändler die eigene Lagerhaltung zum Schaden der Sägewerke, die auf der Ware festsetzen, ersparen. Das Geschäft in Werkstattholzern ruht, weil Preise von 30 bis 31 Mark für II. Klasse und 35 bis 36 Mark für I. Klasse ab Verladestation von den Sägewerken als undiskutabel abgelehnt werden. X

## Linoleum.

Die neuen Preise für Linoleum sind ab 1. Januar bei Mengen von 1—200 qm (erhöhte Mengen billiger) wie folgt: Bauware einfarbig Walton braun, 3,60 5,35 RM, je qm; 3,60 4,80 RM, je qm; 3,85 je qm; Granit 3,30 5,70 RM, je qm; 2,40 4,60 RM, je qm; Jaspé 3,30 6,20 RM, je qm; 2,40 5,10 RM, je qm; Korklinoleum einfarbig 7,70 7,45 RM, je qm; 5,00 5,80 RM, je qm; 4,00 4,95 RM, je qm; Linoleummantelase Korkwerk 4.—4,50 RM, je qm. am 1. Jan.

## Ziegel.

Vom Leipziger Ziegelmarkt. Da die Ziegelpreise in Leipzig (21 bis 22 RM) einen Tiefstand erreichten, der kaum die Gesteinskosten deckte, haben sich fast sämtliche Zieglereien, die nach Leipzig liefern, zu einer Vertriebsgesellschaft zusammengeschlossen, um wieder stabile Preise zu erhalten. Der neue Preis wurde ab 1. Januar d. J. auf 32 RM je Tausend frei Baustelle Leipzig festgelegt. Der direkte Verkauf erfolgt durch die Leipziger Baustoffhändler.

Technische Zollerhöhung auf Ziegel um 350 Prozent. Durch die letzte tschechoslowakische Regierungserordnung ist bei der Tarifnummer 411: Ziegel, nicht feuerfest, unglasiert, gewöhnliche Mauer-, Dach- und Plasterziegel aus Ton (unfirt), gebrannt oder angebrannt, nicht weiter bearbeitet, der bisherige Zollkoeffizient von 7 auf 25 erhöht gesetzt worden. Der Grundzollsatz beträgt weiterhin 0,20 Kf. (25 Pf.) für je 100 kg. Der neue Zollsatz beträgt somit 6,25 Pf. für je 100 kg. Die neuen Zollsätze sind ab 3. Januar 1933 in Kraft getreten. Die deutschen Zieglereien in den Grenzgebieten werden von dieser zollpolitischen Maßnahme aufs schwerste betroffen.

Verkaufssyndikat für Feuerwaren. Sämtliche deutschen Erzeuger von sanitären Feuerwaren haben sich zu einem Verkaufs-Syndikat zusammengeschlossen, das den inlandsmarkt zentral abwickelt, das Auslandsgeschäft dagegen erteilt. Zur Übernehmung des gemeinsamen Inlandsverkaufs ist die Feuerwaren-Verkaufs-GmbH., Heidelberg, gegründet worden. Die Preise sind nun anhebend und auf den Stand von Anfang 1932 zurückgeführt worden.

## Fragekasten.

**Frage Nr. 18.** (Fachleute für Eiskellerbau gesucht!) Von einem Fleischermeister wurde ich beauftragt, einen Eiskeller für diesen zu erbauen, bzw. ein bereits vorhandenes Gebäude dazu umzubauen. Da ich auf diesem Gebiet keine Erfahrung besitze, bitte ich um Ratsschreiben über Isolierung gegen Wärme und anderes. Was ist bei solch einem Bau besonders zu beachten? Wer liefert das Isoliermaterial? Kann mir jemand ein passendes Buch empfehlen? A. N. K.

**Frage Nr. 19.** (Korkett-Fußboden.) Welche Firma verlegt in Breslau „Korkett-Fußboden“? Wo ist derselbe bereits eingebaut und wie hat er sich bewährt? Wo kann man diesen Fußboden event. einmal besichtigen? Arch. Gerhard Mahn, Breslau 21, Lenaustraße 20.

**Frage Nr. 20.** (Eisbau im Wassergraben.) Mit dem höchsten Arbeitsstand habe ich rechts und links an einem Wassergraben ein Stück Ackerland auf etwa 40 cm abgegraben, das Grabenwasser gestaut, und so eine schöne Eisbahn erhalten. Nach dem starken Frost ist die Bahn nun etwa 30 cm eingesenken, die Ränder sind stehen geblieben, an den Ufern fängt das Eis an zu reißen. Die Schmelz trägt wohl der Frost, der kein Wasser im Graben nachbrachte. Was ist für das nächste Jahr zu tun? Eventuell eine Rohrlöhle, die auf den Grund des Teiches Wasser bringt — aber auch diese wird wohl eingefrieren. Vielleicht weiß jemand Rat.

G. B. K.

**Frage Nr. 21.** (Wieder einmal Schornsteinstott.) In einem eingebauten 2-stückigen Wohnhaus befindet sich ein zweieroriger Schornstein. An jedem Rohr ist ein Ofen angeschlossen. Das Dach ist Ziegeldach (Winkeldach). Der Schornstein trifft Mitte des Hauses an der Traufe aus dem Dach und geht dann etwa 6 bis 7 Meter an der nachbarlichen Giebelwand freistehend hoch. Das Gebäude ist etwa 80 Jahre alt. Vor etwa 4 bis 8 Jahren zeigte ein am Schornstein und zwar von unterhalb herauf bis unterhalb der Decke der 1. Etage die Art Feuers, daß die mauerwerkseitige Zugschloßung des Schornsteins durch den Schornstein damals abgebrochen, die Abbruchstelle gut desinfiziert und in Klinkensteinen wieder hochgemauert. Jetzt ist wieder dasselbe eingetreten. Ich kann mir die Sache wie folgt erklären: der Rauch, der in dem warmen Rohr im Hause hochzieht, kommt plötzlich an die Stelle, wo der 6 bis 7 Meter hohe Schornstein aus dem Dach tritt, der warme Rauch trifft hier auf die kalte Luft und bildet eine braune Jauche, welche durch die Fugen tritt und sich an Mauerwerk markiert. Die Fugen sind zu verkalken, Ich habe mir gedacht, erstmalig die kranke Stelle durch Anstreichen mit einem Zugschloßungsmittel zu bessern, dann den Schornstein über Dach auf etwa 30,00 Meter höher zu bauen, mit Heraklith oder ähnlichen Platten zu bedecken und verputzen, damit ein allmählicher Übergang von der warmen zur kalten Luft geschaffen wird. Ich bitte die Herren Kollegen um freundliche Äußerung. B. in St.

**Frage Nr. 22.** (Holz in Feuchtigkeit.) Durch welches Imprägnierverfahren können aus mehreren Stücken zusammengesetzte Ränder für Spül- und Ausgussbecken aus Eichen- und Buchenholz besonders widerstandsfähig gegen Feuchtigkeit gemacht werden? Ein Streichen mit Firnis genügt nicht. Gibt es Ersatzmaterial für diese Beckenränder, welches ähnliche Eigenschaften wie Holz hat?

3. Antwort auf Frage Nr. 2. (3 gleiche Fragen). In früheren Jahren verwendete man für wasserdichte Isolierungen verschiedene Asphaltisoleierpappe oder auch reine Bleiplatten. Beide Stoffe zeigten erstklassige Beschaffenheit und lange Lebensdauer und bewährten sich vorzüglich. Da der Preis sehr hoch war, ist man heute von der Verwendung lamellen abgekomen und benutzt dafür die billigere Asphaltisoleierpappe. Ich halte die Asphaltisoleierplatten für das beste Isoliermittel und möchte deren Verwendung empfehlen. ... Natürlich kann man bitumenreiche Guß-Asphalt in Vermischung mit Goudron und etwas Sand, Kieselsteinen und Lein auftragen benutzen. Vor allen Dingen ist es bei der Verfertigung der Isolierung, gleiche und vollständige Dichtigkeit zu achten. Besonders sind die Baugrubenwände, für die man auch heute noch weitere gute Isoliermittel vorschlagen kann, für die seitliche Auflagerung kommt ebenfalls Isolerpappe oder besser ein doppelt so stark auftragender Goudronanstrich in Frage. Auch hier wird Ihnen jede Baustoffhandlung eine reichhaltige Auswahl von Anstrichmitteln, die alle gut sein werden. Sie müssen nur ihr richtiges Auftragen sagen. ...

Wenn es sich nur um Haarrisse im Putz handelt, dann sind diese auf eine zu tiefe Mörtelmischung zurückzuführen. Gehen die Risse aber tiefer in das Mauerwerk, dann liegen entweder Gebäudesenkungserscheinungen oder andere bauliche Fehler zugrunde. — Die Deckenrisse, vorausgesetzt, daß es sich um eine Balkendecke handelt, entstanden ebenfalls infolge Mörtelmischung oder zu schwacher Balkenlage. Naturgemäß können auch hier Gebäudesenkungen eine Rolle spielen. Im

2. Antwort auf Frage Nr. 4. (Schadensersatz). Die Stadt teilt mit, dass Linien wohl ein fragliches Bauplatz verkarzt, aber doch nicht die Bedingung an den Verkauf geknüpft, daß Sie das Grundstück innerhalb kurzer Zeit bebauen müßten, vielmehr nahmen Sie die Bebauung im allgemeinen als Bedingung an, welche Ihnen auch bekannt gewesen, daß der Bauplan und Bebauungsplan noch in der Ausführung seien. Sie hätten denselben, mehr oder weniger große Änderungen an Ihren Grundstücken beabsichtigt vorgenommen werden können. Das alles werden Sie kaum bestreiten können. Freilich hätte die Bankpols die Bankrechnungen führen können. Wenn kein Filialnetz- und Bebauungsplan vorliegt, werden Sie nicht bestreiten können, daß die Bankpols unter recht eigenartigen verunsicherten Bedingungen erstehen, und wenn Sie in Ihrem Falle auch so gewesen sein. Die Bankpols läßt nämlich nur eine Hintertafel offen, durch die sie entschuldigen kann! Die ganze Gelegenheit scheint also so zu liegen, daß Sie mit Schadensersatz befreit sind. Sie haben die Zahlungs- und verbindende Umschuldung

3. Antwort auf Frage Nr. 6 (6 Fragen) 1. Man ist von der Isolierung mit den von Ihnen genannten Füllstoffen so ziemlich abgekommen, weil die durchweg viele Nachteile haben. Einmal muß man bei diesen Füllstoffen mit starkem Nachschaben rechnen, wodurch größere Zwischenräume entstehen und die Isolierung in Frage stellen. Weiter ziehen

solche Füllstoffe Feuchtigkeit an und sind Herde für Fäulnis, Schimmwurz und Ungeziefer. — 2. Als einwandfreie Isolierung sowohl gegen Kälte, Wärme und Schall, empfehle ich die ALKAL-Isoliermatte, die sich tausendfach bewährt hat und einfach zu verarbeiten ist. — 3. Die Luft zwischen der Schalung und der ALKAL-Isoliermatte soll durch einen feinen Drahtgitterrost, welcher Isolierschutz, durch den Temperaturunterschied zwischen Innen- und Außenschalung bringt die Luft in Bewegung, wodurch dauernde Wärme abgegeben wird. Nur kleine, abgesperrte Lüftkanäle geben eine gute Isolation und diese haben Sie sicher in der ALKAL-Matte. 4. Eine durchgehende, luftdichte, gegen Regen, Fäulnis, Schimmel und Ungeziefer geschützte, Sie mit dem bewährten Imprägniermittel KULBA D.R.P. von der Firma Hartmann & Schwendtmann, Coswig, Bez. Dresden. — Dieses wird farblos und braun gefärbt, ist vollkommen geruchlos und ist doch billiger als Carbolnöl. — 5. Durch Kalbau wird auch die Enflammbarkeit des Holzes wesentlich herabgesetzt. KULBA erhalten Sie von F. Motzko, Inh. Dresden 6, Friedr.-Wilh.-Str. 52.

4. Antwort auf Frage Nr. 6. (6 Fragen.) Wenn man Holzschutzwerkstoffe feuerischer imprägniert will, dann ist es verzieht, zum Zwecke des Schutzes gegen Fäulnis, Holzworm und Nässe, Anstriche auf Karbolnol-Grundlage oder Letzteres selbst zu verwenden. Abgesehen davon, daß Anstriche mit Karbolnol den Objekten ein unschönes Aussehen verleihen, einen solchen Geruch verbreiten und der Imprägnierstoffe wegen die Wärme ausschwitzen, hat Karbolnolnol auch noch andere Nachteile. Diese Nachteile bestehen in einer sehr leichten Entflammbarkeit und Brennbarkeit des Holzes, in einer ungenügenden Schutzwirkung gegen feine Holzzerstörer, auch lassen sich farbige Anstriche auf mit Karbolnol behandelten Untergrund ohne Gefahr des offenen Durchlassens nicht anbringen. Dabei ist aber auch Karbolnol von geringerer Giftigkeit, so daß die Verwertung, als diejenige, welche im Handel unter der Bezeichnung „Pyromors“ erwähnt werden soll, welches bei außerordentlicher antiseptischer Wirkung, auch die Entflammung und Brennbarkeit des Holzes so weit herabsetzt, daß man fast von einer Unbrennbarkeit sprechen kann. Pyromors, das selbst im Normal-Zustand farblos ist, läßt nach dem Auftriffröken jeden beliebigen Farb- oder Lack-Anstrich zu und es kann sowohl im Anstrich, wie auch in Tauch- und Imprägnierverfahren verwendet werden. Die weiteren Angaben und Arbeitsvorschriften von der herstellenden Firma Bänder Fürwerke, chemische Fabrik GmbH, in Brand-Erbisdorf Sa.

2. Antwort auf Frage Nr. 7. (Putzträger für Lehmwände oder Lehmputz.) Befestigen Sie Reibitzgewinde mit starken Haken oder langen Nägeln auf den Lehmwänden und putzen Sie das Ganze mit Zementkalkmörtel. Hierbei ist es vorzuziehen, wenn das Gewebe nicht ganz glatt an der Wand anliegt. Wenn Ziegel- und Lehmwand dieselbe Stärke aufweisen, so darf also der Putz in einer Ebene über beides hinweggeglättet, müssen Sie sich zunächst durchdringlich auf das Lehmgewebe einstellen und diesen lassen zwecks Vermeidung von Rissen. Sollte jedoch die Lehmwand als Nische erscheinen, so ratet ich Ihnen, dieselbe 10 oder 14 Stielz. mit Ziegeln zu verblenden, dann ist das Putzproblem noch besser gelöst. E. M. A.

2. Antwort auf Frage Nr. 8. (ist Fichten- und Kiefernholz gleich-  
artig?) Wenn in dem Bauvertrage „Reines Holz“ vorgeschrieben ist und  
es haben Kiefer geliefert, werden Sie, wenn es darauf ankommt, jeden  
Kieferproben vorlegen. Die Frage ist die Gleichwertigkeit von Kiefern-  
holz mit Fichtenholz im Hochbau nicht zu bejahen. Unter dieser  
Annahme, da beide Holzarten sich in unzähligen Fällen gleich gut bewähren  
haben, Trotzdem ist Kiefer wiederstandsfähiger als Fichte, was ja aus  
den Festigkeitstabellen hervorgeht. Kiefer kann mit 900 kg, Fichte mit  
800 kg/cm<sup>2</sup> Zug beansprucht werden. Da bei keiner Holzkonstruktion im  
Hochbau die Beanspruchung der Holzarten auf 900 kg/cm<sup>2</sup> ausreicht, be-  
trachtet man, ist dieser Faktor praktisch ohne Bedeutung. Bläue bei  
Fichtenholz ist kein Mangel, da es weder Festigkeit noch Lebensdauer  
beeinträchtigt. Es ist lediglich ein Schönheitsfehler, der nur beim Handel  
mit Tischlerholz und event. Dielen eine Rolle spielt, weil es nicht gut  
aussehen dürfte. Das geht aus den vielen Beispielen hervor, die Sie im  
Handbuch des Holzhandels unter „Holzarten“ und „Kiefer“ sehen  
können.

Ing. G. Scheitza, Rastenburg, OS.

Antwort auf Frage Nr. 10. (Glastanzdiele.) Wegen Herstellung von Glastanzdiele stellen wir Ihnen anheim, sich mit uns wegen Abgabe des Kostenschlages in Verbindung zu setzen.  
Th. Faulhaber, Breslau 1, Klosterstraße 18.

2. Antwort auf Frage Nr. 10. (Glastenzziele). 1. Deutsche Luxtermassen-Gesellschaft mbH., Berlin-Weißensee, Lehderstraße 43, 2. Giedler Breithardt, Breslau 8, Ofener Straße 63-69. Beide Firmen liefern Asbesten bzw. entsprechende Glastenzziele. Sie setzen sich zweckmäßig vielleicht erst einmal mit einem Inhaber einer Glastenzziele in Verbindung, der ihnen wahrscheinlich am besten auf Grund praktischer Erfahrungen nähere Mitteilungen kann. In Katern, bei Breslau (Gasföhr) kommen und in Jauer, Schleisien, bestehen solche Glastenzziele nun seit mehreren Jahren.

2. Antwort auf Frage Nr. 11. (Stärkebühler aus Beton.) Kartoffel- und Dextrin enthalten organische Verbindungen, welche aggressive, betonzerstörende Eigenschaften besitzen. Ich empfehle Ihnen zu- nächst einen dichten Beton durch Anwendung abgestufter Korzusammensetzung des Sandes und Kieles und Zusatz des Zementdichtungsmittels „Zementkautschuk“ herzustellen. Ferner muß die Oberfläche noch entsprechend beschützt werden, indem sie eine dichte Schutzschicht aus Asphalt oder schwarzen Bitumenanstrich zweifach aufstreicht. Ich würde Ihnen raten, mit Acoal zu verwenden. Die Herstellerfirma von Acoal ist zwar die „Fabrik Grünau bei Berlin“, wird Ihnen sicher weiteren Aufschluß geben. Werden Sie sich schriftlich an die dortige Bautechnische Ab-

**Quellen** werden gegen Einsendung von Rückporto **kostenlos nachgewiesen.**  
Der Verlag.

werden gegen Einsendung von Rückporto  
**kostenlos nachgewiesen**  
Der Verlag.

# Verdingungs-Anzeiger und Bauten-Nachweis

Nummer 5

2. Februar 1933

31. Jahrgang

## Neu hinzugekommene Ausschreibungen

4. 2.	Pirna Sa.	Straßen- u. Wasserbauamt	Erd- u. Versteinungsarb.	5
4.	Zittau Sa.	Verkehrsverband d. A. Zittau	Stallfütterung	5
6.	Breslau	Hochbauamt 2	Leicht-Licht-u. Kranfänge	5
6.	Oleiwitz OS.	Tierbauamt	Erdarbeiten	5
6.	Landenberg a. W.	Provinzialbauamt	Steinschlag usw.	5
7. 2.	Stettin	Stadt. Baudeputation	Isolierungen	5
10. 2.	Pillau Opr.	Preuß. Hafenamt	Verkauf auf Abbruch	5
11. 2.	Stettin	Reichsbahndirektion	Holzlieferung	5
21. 2.	Königsberg	Reichsbahndirektion	Schotter u. Kies	5
22. 2.	Breslau	Reichsbahndirektion	Holzlieferung	5

**Pirna Sa.** 4. Februar 1933. V. 10 Uhr. Straßen- und Wasserbauamt  
Pirna. **Erd- und Versteinungsarbeiten** für den Bau der Umgebungs-  
straße Stolpen-Nord (5020 qm Brunnmassen, 9225 qm Fahrbahner-  
steigung). Bed. 1.— RM.

**Zittau Sa.** 4. Februar 1933. V. 10.30 Uhr. Bezirksverband der Amtshaupt-  
mannschaft Zittau Sa. Augustusallee. Für den teilweisen Ausbau  
verschiedener Durchgangsstraßen in Seiffenmorsdorf, Leutensdorf, Spitz-  
Kunersdorf u. Hirschfeld sollen 1. die Kleinfeldstein-Isolierungen  
Granit bzw. Basalt, und zwar 14500 qm, und 2. die Steinsetz- und  
Rammarbeiten einschl. Nebearbeiten getrennt vergeben werden.  
Bed. 0,50 RM. erhältlich im Bauamt des Bezirksverbandes der Amtshaupt-  
mannschaft Zittau. Am Tag 12.

**Breslau.** 6. Februar 1933. V. 10 Uhr. Stadtbaudeputation. Hochbau-  
amt 2. Erbsen- und Birgerstraße 174. **Elektrische**  
**Licht- und Kranfänge** im Bürohaus. Preisliste. Bed. ausl.

**Oleiwitz OS.** 6. Februar 1933. V. 10 Uhr. Magistrat. Tierbauamt  
Oberwallstraße 9, Zimmer 41. **Erdarbeiten** und Aufwurf der Erdmassen  
a) für die Aufschüttung des Radfahrweges zwischen dem Stadteil  
Sossitz und der Kanalstraße. b) für die Zuschüttung des Stollen-  
kanals. Bed. 0,50 RM.

**Landenberg a. W.** 6. Februar 1933. V. 10 Uhr. Provinzialbauamt Branden-  
burg-Osten in Landenberg a. W., Friedeburgs Gasse 54. Lieferung  
von 2000 t **Steinschlag** 40/60 mm, 500 t **Packe** 16/18 cm einschließl.  
Zwicke. 180 t Rohedelsplatt 2/5 mm (zweimal gebrochen). Be-  
dingungen ausliegend.

**Stettin.** 7. Februar 1933. V. 9 Uhr. Städtische Baudeputation. Rat-  
haus. 1. Stock, Zimmer 43. Herstellung von **Isolierungen** für die  
Hochdruckleitungen im städtischen Schlachthof. Bed. ausl.

**Pillau Opr.** 1933. V. 10 Uhr. Provinzialbauamt. Die  
Gebäude der ehemaligen Festungsanstalt auf dem Reichssee-Damm  
in Pillau sollen auf **Abbruch verkauft** werden. Die beim Abbruch  
gewonnenen Baustoffe und der Bauschutt gehen in das Eigentum des  
Käufers über und sind von diesem abzuführen. Bed. ausl.

**Stettin.** 11. Februar 1933. V. 11 Uhr. Reichsbahndirektion. Präsi-  
dentialbüro Stettin, Lindenstraße 19-20, Zimmer 107. Lieferung von 94 cbm  
kleinen und eichenen **Brückenbalken** und 95 cbm kleinen und  
eichenen **Brückenbohlen** zu zwei Lagen. Bed. ausl.

**Königsberg Pr.** 21. Febr. 1933. V. 10 Uhr. Oberbauamt der Reichsbahndirektion  
Königsberg Pr. Lieferung von **Gleisschotter**, Körnung I und  
und II, **Siebkies** und **Naturkies** für das Geschäftsjahr 1933 in Teil-  
mengen. Bed. ausl. Präsidialbüro, Zimmer 75 a oder 1.— RM.

**Breslau.** 22. Februar 1933. V. 10 Uhr. Reichsbahndirektion Breslau.  
Mallesstraße 13. Lieferung von 127 cbm **ungetränkten, eichenen**  
**Brückenbalken**. Bed. 1,50 RM.

## Zuschlagserteilungen.

**Breslau.** Zuschläge erhielten in letzter Zeit: Firmen Bieneck und Bern-  
hardt & Co., beide in Breslau für Herstellung von weißglasierten  
Wandbekleidungen u. Fußbodenbelägen im neurologischen Forschens-  
institut am Weizen-Hacke-Krankenhaus; Firma Watz, Breslau, für  
Wandbekleidungen an den freistehenden Abtordnungen für den Mäd-  
chenort im 1. Stock der kaufmänn. Bernschule. An der Magda-  
lenenkirche 1-3; Firma Josef Liebert, Breslau, für Ausführung der  
elektrischen Lichtanlage. Vollschlingengrundstück Talmstraße 2-5;  
Firmen Krämer, Breslau-Klein-Mochern, Beck, Breslau und Köhler,  
Breslau, für Maurer- und Zimmerarbeiten beim Umbau des Lieblich-  
hauses, Springerstraße 5-9 und Theaterstraße 4.

## Bauten-Nachweis.

### Ostdeutschland.

#### Schlesien.

**Bischofsdorf.** Haynau-Land. Neubau von Stall und Scheune. Gepl. Bauherr  
J. Schmidt, Bischofsdorf. Ausführung unbekannt.

**Bolkow.** Für die Zwecke der Arbeitsbeschaffung sind hier u. a. vor-  
geschlagen und von den Stadtverordneten in der Sitzung vom 26. Januar  
angenommen: Der Ausbau der Wasserversorgung mit Erschließung  
neuer Quellen, Neupflasterung von Straßen, Umbau mehrerer Brücken  
über die Wärende Neiße usw.

**Breslau.** Springerstraße 5/9/Theaterstraße 4. Umbau des Lieblichhauses  
zu einem Bürohaus. Bez. Bauk. Stadt. Bauk. Hochbauamt 2, Blicher-  
platz 16. Aust. Baugeschäft Josef Krämer, Breslau-Klein-Mochern.  
Wälsheim Beck, Breslau und A. Köhler, in Gebr. Stark, Breslau.  
— Wölfestraße 20. Umbau des II. Obergeschosses. Bauk. Frau Glaser,  
Breslau. Bauausführ.: A. Wedemann, Architekt, Baugeschäft, Reichs-  
präsidentenplatz 10.

Der Verband für den Ausbau und die Unterhaltung der Lohse im Land-  
und Stadtkreise Breslau beabsichtigt auf Grund der Bestimmungen

in § 152 ff. des Preussischen Wassergesetzes vom 7. April 1913 (Ges.-  
Samm. Seite 53) die Lohse von der Grenze zwischen Stadt- und Land-  
kreis Breslau bis zur Mühle Pilsnitz nach dem von der Firma Meltzer  
& Kreuz aufgestellten Plan und dem vom Kreiswiesbaumeister  
Marx Breslau aufgestellten Nachtragsentwurf auszubauen. Der dem  
Verfahren zugrunde liegende Plan der Firma Meltzer & Kreuz und  
der Nachtragsentwurf liegen in der Zeit vom 1. bis 28. Februar 1933  
im Landratsamt zu Breslau, Weidenstr. 15, Zimmer 40 (Planbauamt)  
von 9-11 Uhr zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

**Dittersbach.** Kr. Waldenburg. Die Gemeinde beschloß an der Schweid-  
nitzer Straße, Ecke Dammannstraße, einen Wohnblock von 32 Woh-  
nungen zu erbauen. Objekt 156000 RM.

**Friedland.** Regbz. Die Arbeitsbeschaffungsprogramme der Stadt  
sicht folgende Arbeiten vor: Fortsetzung eines bereits begonnenen  
Straßenbaues (Obere Steinstraße), 37000.— RM., weitere Straßen-  
bauten innerhalb der Stadt, 41 000.— RM., und den Ausbau der alten  
Zollstraße, 36 000.— RM. Es soll ein Darlehen von 100 000.— RM. auf-  
genommen werden.

**Gottesberg.** Stadtv.-Vers. vom 26. Januar. Einen einstimmigen Beschluß  
fand die Aufnahme eines Darlehens von 300 000.— RM. zum Zweck  
der Arbeitsbeschaffung, Vorsehen sind namentlich Gebäude-  
Instandsetzungen, Pflasterungen und Wasserleitungsarbeiten.

**Haynau Schl.** Weidenstraße. Neubau eines größeren Einfamilienhauses.  
Gepl. Bauherr Kaufmann Flemming, Haynau. Bauleit. Architekt Mann,  
Haynau.

**Siedlungstraße.** Neubau Einfamilienhaus. Gepl. Bauherr Rich. Mücke,  
Haynau. Liegenschaft. Baul. Architekt Fr. Harnisch.

**Siedlungstraße.** Neubau Einfamilienhaus. Gepl. Bauherr Garstetzki,  
Haynau. Aust. Zimmermeister Reichpietsch, Haynau.

**Burgstraße.** Ausbau von Wohnungen. Gepl. Bauherr E. Schnibert,  
Haynau. Liegenschaft. Baul. Architekt Fröster, Haynau.

**Liegnitzstraße.** Ausbau von Wohnungen im Gasthof „Drei Berge“.  
Gepl. Bauk. O. Jost, Haynau. Aust. Baugeschäft Kirche, Haynau.

**Hänsel.** Der Plan zur Errichtung eines Feuerwagengeräte-  
hauses für die hiesige Freiwillige Feuerwehr soll in diesem Jahre  
verwirklicht werden.

**Königszell.** Kr. Schweidnitz. Als Arbeitsbeschaffungsprogramm sind von  
der Gemeinde in Aussicht genommen: 1. die Wasserversorgung der  
Gemeinde, sowie die Kanalisation und Pflasterung der Paul-Keller-  
straße.

**Liebau.** Kr. Landeshut. Annahme fand nach ergeblicher Aussprache der  
Antrag zum Ankauf und Ausbau der Fluss-Villa. Die Villa wurde zer-  
stört, sowie zum Ausbau des jetzigen Krankenhauses zu Wohnungen.  
einen Gesamtkostenschlag anfordern und in der nächsten Sitzung  
vorlegen. Bei Zustandekommen des Projekts will die hiesige Bau-  
hütte eine Stadtbauabteilung von etwa 20 Stellen finanzieren.

**Mehlsdorf b. Haynau Schl.** Neubau mehrerer Siedlungshäuser. Gepl.  
Bauk. Stadtschulrat der Nationalen Arbeiter-Vereinigung E. V.  
Ortsgruppe Haynau. Baul. Architekt Förster, Haynau.

**Nenzel.** Oder. Die Stadtverordneten beschlossen im Rahmen des Ar-  
beitsbeschaffungsprogramms die Fertigstellung der Kanalisation, Neu-  
pflasterung der Bahnhofstraße und Erneuerung des Hainhofwerkes.

**Neumarkt.** Im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms soll hier in  
diesem Jahre die Liegnitzer Straße mit einem Kostenaufwand von  
80 000.— RM. gepflastert werden.

**Ober Waldenburg.** Gem.-Vertr.-Sitzung vom 20. Januar. Das Projekt  
für das 20-Familienhaus, das die Gemeinde im Wege des Arbeits-  
beschaffungsprogramms errichten will, ist fertiggestellt und bereits der  
Aufsichtsbehörde eingereicht worden. Die Vertretung gab einstimmig  
die Zustimmung zur Annahme eines Darlehens von 75 000.— RM.

**Pohlisdorf.** Haynau-Land. Neubau eines Wohnhauses. Gepl. Bauherr  
O. Mohla, Pohlisdorf. Ausführung Zimmermeister Reichpietsch, Haynau.

**Prinzeau.** In einer außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten  
wurde in der Sitzung des zur Arbeitsbeschaffung in Aussicht genom-  
menen Projekt der Wasserleitung und Kanalisation 330 000.— RM.  
Kosten erforderlich wird. Eine Kommission soll zunächst verschiedene  
Wasserleitungen und Kanalisationsanlagen beschreiben.

**Proskau.** Infolge des mäßigen Regens des vergangenen Jahres haben  
die Proskauer Bäume sehr wenig Wasser. Der Wunsch der Be-  
völkerung geht allein nach Zuweisung von Mitteln für den Bau  
einer Wasserleitung.

**Reichenbach Schl.** Stadtv.-Sitzung vom 27. Januar. Genehmigung  
fand u. a. die Erweiterung der Wasser-Einsparungsanlage im süd-  
lichen Schlachthof aus Mitteln des Schlachthofes.

**Sanitz.** Haynau-Land. Neubau eines Wohnhauses. Gepl. Bauk. Schneider-  
meister Rückert. Sanitz. Aust. Baugeschäft Siegmund, Vorhaus bei  
Haynau.

— Neubau eines Stallgebäudes. Gepl. Bauk. Gutsbes. Schnabel, Sanitz.  
Ausführung unbekannt.

**Schlawa.** Stadtverordneten-Sitzung vom 23. Januar. Annahme fand der  
Magistratsantrag, wonach die Stadt ein Darlehen von 131 000.— RM.  
nachsuchen will, um das kleinste Straßennetz und vor allen Dingen  
die Durchgangsstraßen mit Kleinfeldstein neu herstellen zu können.

**Schweidnitz.** (Kreistagssitzung vom 23. Januar.) Folgende Baulavorien  
sollen bei der Regierung zur Weiterleitung an den Reichskommis-  
sär für Arbeitsbeschaffung angemeldet werden: 11,5 Kilometer Klein-  
pflaster auf Kreisstraßen und Ortsdurchfahrten (630 000.— RM.), 3 Kilo-  
meter Umpflasterung von Großpflaster (125 000.— RM.), 23 Kilometer  
Fahrbahnerweiterungen (360 000 RM.) und sonstige Maßnahmen.  
Daranter Pflanzung von 10 000 Obstbäumen (65 000 RM.) Insgesamt  
1 200 000.— RM.

# Parkettböden / Linoleum / Estrichböden

Eugen John Inh. William Stein

Filiale Gielwitz OS.  
Helfestraße 24

Parkettfabrik

Breslau 8  
Fernspr.: Sammel-Nr. 56 141

**Schweidnitz.** Der Landkreis plant im Frühjahr umfangreiche Pflasterarbeiten und Wegebauten auszuführen.

**Sohnröder.** Errichtung einer öffentlichen Badeanstalt mit 40 Einzelzellen. Bauh. Gemeinde. Ausf. Baugeschäft Borchmann in Lengsdorf.

**Striegau.** Die Stadt hat ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt, das folgende Arbeiten vorsieht: Pflasterung des restlichen Teiles der Bahnhofstraße, Schaffung von Verbesserungen in den ev. Volksschulen (Einbau von Spülklosets), Fertigstellung der Ringum-pflasterung und Neupflasterung der Kirchstraße, Aufschließung von Baugebieten, Verbesserung der Kläranlage, Neubau der Brücke am Einmunde der Schweidnitzer Straße, Errichtung einer Freibadanstalt in der Nähe des Sportplatzes, sowie verschiedene kleinere Projekte. Insgesamt 800.000 RM.

**Waldenburg.** Neubau eines Wohnhauses. Bauh. Hangel. Baul. Architekt H. Gerhard. Waldenburg. Schöbenrand 11. Ausf. noch nicht verg.

— Die Schlesische Heimstätte Breslau, Sternstraße 40, plant durch die Tochtergesellschaft „Wohbau“ an der Charlottenruhrstraße eine größere Siedlung von Eisenheimen zu errichten.

**Waldenburg.** Wiederaufbau der Scheuer auf dem Stadtgut Altwasser. Arbeiten bereits im Fortschreiten. Bauh. Stadt Waldenburg. (Stadt-Reuamt). Ausführungszeit Februar.

— Jahreshauptversammlung der Ortsgruppe Waldenburg des Reichsbanner, Vorsitzender Hamann. Der geplante Bau eines Reichsbannerheims mit anschließendem Übungsplatz, rückt der Verwirklichung näher. Vorsehen ist ein Gelände von 25.000 qm. Das Heim soll enthalten einen großen Tagessaal für 250 bis 300 Personen, Konferenzzimmer, Jugendherbergsaal und eine Verwalter-Wohnung. Die Finanzierung gilt als gesichert und soll bereits im Frühjahr mit den Planungsarbeiten begonnen werden.

— Ein unter Führung des Wiener Theatordirektors Weiß stehendes Koinstortum beabsichtigt hier den Bau eines Theatergebäudes. Man ist jetzt dabei, Zeichnungslisten aufzulegen, um Zahlungen herbeizubekommen.

**Wellwasser OL.** Die Gemeindevertretung beschloß die Fertigstellung der Hauptstraße und Regalung der Maskauerstraße. Obligt 103.000 RM. Diese Arbeiten sollen bei 40stündiger Woche zum Tausch ausgeführt werden.

## Brandenburg.

**Altmädewitz.** Kr. Königsberg Neumark. Umbau und Einrichtung des ehemaligen Kopschels der Firma H. Heile & Co., zu einer Haupt-geldsammelr. Proj. Bauh. Oberbürgermeister Thümler, Großneudorf.

**Catau.** Der Kreisausschuß beschloß den Bau einer Umkleekabine auf dem Dugly-Land. Baul. Kreisbauamt.

**Karzitz.** Kr. Soldin Neumark. Hinterstraße. Bau eines Feuerlöschbunnens. Proj. Bauh. Gemeinde. Ausf. noch nicht vergeben.

**Kreuz Ostbahn.** Gemeindevertretersitzung. Bürgermeister Dörge erlaubte die Kanalisations- und Wasserleitungsprojekte sowie den Plan zur Herstellung einer Rieselkanal. Die Baumsine belaufen sich auf 159.000 RM. Der Staat gibt einen Zuschuß von 50.000 RM. Die Kosten der Rieselkanal belaufen sich auf 24.000 RM, wovon 17.000 RM. allein für Arbeitslohn veranschlagt werden.

**Kriesch Neumark.** An der Postumündung. Bau einer Badeanstalt. Proj. Bauh. Gemeinde. Ausf. noch nicht vergeben.

**Lichtenberg.** Kr. Lebus. Die durch Feuer zerstörte Scheune des Landwirts Herz von hier soll zum Frühjahr wieder aufgebaut werden.

**Oderberg.** Garagenumbau. Proj. Bauh. Freiwillige Sanitätskolonne (Vors. Otto Rochitzki). Ausf. nicht bekannt.

**Sielow.** Kr. Cottbus. Die Gemeindevertretung beschloß auf Anregung der freiwilligen Feuerwehr den Neubau eines Gerätehauses.

**Stolzenberg.** Kr. Landsberg Warthe. Die Kirchenkörperschaften beschloßen den notwendigen Bau einer Leichenhalle.

**Trielitz.** Kr. Sorau. Auf Grund des Arbeitsbeschaffungsprogrammes der Reichsregierung plant der Magistrat Straßenumbauten und Pflasterungen im Betrage von 98.800 RM.

**Züllichau.** In der letzten Gemeindevortrersitzung Rackau stand die Wasserversorgung der Gemeinde als Hauptpunkt. Die Mittel sollen mit Hilfe des Gerekplanes aufgebracht werden. Die zuständigen Stellen werden mit aller Kraft bemüht sein, für die Durchführung Sorge zu tragen.

## Grenzmark.

**Jastrow.** Auf Grund des Arbeitsbeschaffungsprogrammes der Reichsregierung plant die Stadt die Ausführung der Kanalisation u. Wasserversorgung als Notstandsarbeiten auszuführen.

**Schnöwerder.** Ein Großfeuer zerstörte die große massive Scheune und den größten Teil des Spielplatzes des hiesigen Rittergutes. Der Aufbau soll bald erfolgen.

## Ostpreußen.

**Allenstein.** In einer Pressesprechung gab Oberbürgermeister Gilka aufschlußreiche Mitteilungen über das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Stadt Allenstein. Zunächst ist beabsichtigt, im nördlichen Stadtteil einen Schulneubau von 15 Klassen zu errichten, der auch Aula, Rektorzimmer, Hauswirtschaftsraum usw. enthalten soll. Außerdem soll die bisherige Bismarckschule gründlich umgebaut werden. Die Verhandlungen über den Schulneubau, für den mit einem Kostenaufwand von 314.000 RM. gerechnet wird, werden wegen Erwirkung

von Staatsgeldern zurzeit noch in Berlin. Außerdem Baulänen werden zahlreiche Straßenbauten erwogen. Ferner sollen die Schönlindenbrücke und die Martenbrücke umgebaut werden, was 40.000 bzw. 25.000 RM. kosten soll.

**Elbing.** Ueber die nach dem Gerek-Programm zur Arbeitsbeschaffung auszuführenden Arbeiten hat der Magistrat beraten und beschlossen, in beschränktem Umfang die entsprechenden Anträge auf Darlehensgewährung zu stellen. Es handelt sich u. a. um Straßen- und Brückenbauten, die Hohlwegregulierung, Verbesserung der Anlagen, der Kläranlagen und des Schlachthofes.

**Insterburg.** In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde eine Magistratsanfrage angenommen, die die Aufnahme einer Anleihe von 112.000 RM. im Zwecke der Arbeitsbeschaffung vorsieht. So ist an die verschiedenen Reparaturen im Gas-, Wasser-, Kanal- und Elektrizitätswerk gedacht; im Schlachthof soll eine Erweiterung des Kühlhauses vorgenommen werden; an allen möglichen Schulen sind Instandsetzungsarbeiten dringend notwendig; schließlich sind große Ausgaben für den Straßenbau eingeplant.

**Königsberg.** Rothstein-Ringstraße. Neubau eines Wohnhauses. Gen. Bauh. Dieter. Baul. Matelat.

— Hechtweg 13. Umbau des Wohnhauses. Genehmigt. Bauh. Purplies. Baul. Schlichte.

## Pommern.

**Ahlbeck (Seebad).** Die Gemeindevertretung beschloß, im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogrammes der Reichsregierung (Gerek-Plan) die Mittel für wichtige öffentliche Arbeiten zu beantragen: Asphaltierung der Hauptstraßen des Ortes, Instandsetzung der Promenade zwischen Ahlbeck und Swinemünde und einige andere Straßenarbeiten. Auch an eine Erweiterung des vor einigen Jahren erbauten Kanalisationsnetzes wird gedacht.

**Aldamm.** Fleischer Ladenhütte wurde vom Kreisausschuß die Bausumme Genehmigung zur Errichtung eines Wohnhauses erteilt.

**Bad Polzin.** In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde ein Magistratsantrag über die Durchführung von Notstandsarbeiten zur Erweiterung der Kanalisation und der Stadt verhandelt und angenommen. Die Kosten werden auf 173.000 RM. geschätzt. Ein Darlehen in dieser Höhe soll zu den in der Magistratsvorlage vorgesehenen Bedingungen (6 Prozent Rente und zwanzigjährige Tilgung) bei der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten oder bei der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt aufgenommen werden.

**Danzangen.** Krs. Franzburg. Stadtverordnetenversammlung. Als neue städtische Arbeiten wurden im Auftrag gegeben u. a. der Ausbau des letzten Bauabschnittes des elektrischen Ortsnetzes. Im Wege des Arbeitsbeschaffungsprogrammes sollen die Lange und Ieperstraße, beides Teile der Durchgangskassees Rostock-Stralsund Stettin, neu gepflastert werden, wenn dafür staatliche Mittel bereitgestellt werden; der Kostenschonung hierfür beträgt 40.000 RM.

**Falkenberg.** Kr. Dramburg. Um für die Volksschule ausreichende Schulräume zu schaffen, wurde von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, in den leerstehenden, städtischen Gebäude Ecke Bahnhofstraße-Lutherstraße vier Klassenzimmer mit Nebenräumen einzurichten. Die Kosten in Höhe von 10.000 RM. wurden bewilligt.

**Falkenwalde.** Kr. Randow. Neubau eines Sägewerkes. Bg. Bauh. Fa. Hermann & Wolf, Berlin-Charlottenburg. Ausf. nicht bekannt.

**Finkenwalde.** Kr. Randow. In der letzten Gemeindevortrersitzung entstand eine längere Aussprache über die geplante Stadtrandsiedlung für die die Gemeinde hinter der Finkenwalder Höhe von der Staatsverwaltung ein Gelände von 62.000 qm erwerben will. Ein Dringlichkeitsantrag über ein Arbeitsbeschaffungsprogramm sieht die vollständige Bepflasterung der Flußstraße vor. Die Gesamtkosten betragen 160.000 Mark.

**Freienwalde.** Die Stadtverwaltung beschloß, mit dem Bau einer Stadtrandsiedlung zu beginnen. Es haben sich schon eine Anzahl Baulustiger gemeldet.

**Gollnow.** Das seit mehreren Jahren die städtischen Körperschaften beschäftigende Projekt einer zentralen Wasserversorgung und Teilkanalisation soll nunmehr zur Durchführung gelangen. Die Gesamtkosten betragen etwa 665.000 RM. und sollen durch eine Anleihe von der Gesellschaft für öffentliche Arbeiten aufgebracht werden.

**Honkenhagen.** Kr. Kolberg-Körlin. Vorsehen ist die Beistigung der Dorfsiedlung im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogrammes. Die Gemeinde hat hier für eine Straßensiedlung von 1300 Meter 30.000 RM. eingebracht, die zu den bekannten Grundsätzen aus dem 500-Millionen-Fonds beantragt werden sind.

**Kohberg.** Die Stadtverordnetenversammlung stimmte in ihrer letzten Sitzung einer Magistratsvorlage zu, mit Hilfe staatlicher Darlehen vier Bühnen am Kolberger Badestrand durch Fürsorgearbeiten errichten zu lassen. Die neuen Übersolungszugänge sollen im kommenden Monat begonnen werden.

**Kolberg.** Verlängerte Gradiersstraße. Neubau eines Siedlungshauses. Proj. Bauh. Zimmermann Walter Darrow. Ausf. noch nicht vergeben.

**Medrow.** Kr. Grimmen. Für das von der Städtischen Siedlungsgesellschaft Loitz im Herbst 1932 zu Bestimmungszwecken angekauft, etwa 4500 Morgen große Gut Medrow liegt nunmehr der Einleitungsplan vor. Es sind 67 Stellen vorgesehen, durch Umbau vorhandener Ge-



blüde werden 2 Bauernstellen zu je 80 Morgen, 6 zu 60 Morgen und 5 zu 44 Morgen, ferner 23 sogenannte Rinderspamstellen zu je 30, 1 Gärtner- und 1 Bäckerstelle zu je 30, 1 Stellmacherstelle zu 20 und 1 Schmiedestelle zu 25 Morgen geschaffen. Die Rinderspamstellen sind in erster Linie für die in Medrow wohnhaften Gutsbesitzer gedacht. An Neubauten sind vorgesehen: 26 Bauernstellen von je 50-60 Morgen und 1 Gastwirtschaft von 25 Morgen. Für die Siedlerstellen liegen bereits Bewerbungen in ausreichender Zahl vor. Mit den Bauarbeiten wird bei günstiger Witterung begonnen.

**Pasewalc.** Marktstraße. Um- und Ausbau eines Fabrikgebäudes zu einer Jugendherberge und Volksbühne mit mehr als 40 Räumen, Bagg. Bauh. Siedische Sparkasse, Ausführung nicht bekannt. Kosten ca. 35.000 RM.

**Podejuch.** Kr. Randow. Bereits vor langer Zeit hatte die Gemeindevertretung beschlossen, die Hauptstraße, Bahnhof und Dammer Straße als Durchgangsstraße zu verbleiten und neu zu pflastern. Die Ausführung des Projektes mußte aber unterbleiben, weil es der Gemeinde nicht möglich war, die Baukosten in Höhe von rund 500.000 RM. zu beschaffen. Inzwischen hat sich der Straßenzustand immer mehr verschlechtert. Ausdrücklich ist nun die Gemeinde bemüht, dahin zu wirken, daß der Ausbau dieser Durchgangsstraße ins Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgenommen und durchgeführt wird.

**Pyrizt.** Stadtverordnetenversammlung. Für das Arbeitsbeschaffungsprogramm waren ursprüngliche Projekte für 200.000 RM. vorgesehen. Angenommen wurde ein darüber hinausgehender Antrag, ein Darlehen von 300.000 RM. zu diesem Zwecke aufzunehmen. Die Gelder sollen zu Kanalarbeiten verwendet werden.

**Rügenwaldermünde.** Kaufmann John beabsichtigt einen Villenbau. **Spantekow.** Kr. Anklam. Der Gemeinde ist es gelungen, die endgültige Genehmigung für den längst geplanten Dammbau Spantekow-Rehbow-Japenzin zu bekommen. Die Gesamtkosten der Planungsarbeiten belaufen sich auf 230.000 RM.

**Stargard.** Für die neue Volksschule, an deren Bau im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms hier gedacht wird, ist als Bauplatz der städtische Bauhof in Aussicht genommen.

**Stettin.** Provinzialausschuß. In der Sitzung wurde dem vom Landeshauptmann im Rahmen zusätzlicher Arbeitsbeschaffung auf Grund des Gereke-Planes vorgelegten Arbeitsbeschaffungsprogramm für 1933 zugestimmt, wonach für den Provinzialstraßenbau eine Aufwendung von 5,1 Millionen RM. in Aussicht genommen wird.

**Wustken.** Kr. Anklam. Von der Gemeindeverwaltung wurde beschlossen, die Dorfstraße in km Länge dämmen zu lassen.

#### Beschleunigter Oderausbau gefordert.

Der Brandenburgische Oderverein hat eine neue große Aktion wegen des dringend notwendigen Ausbaus der Oder unternommen. Es sind Eingaben sowohl an das Reichsverkehrsministerium wie an das preussische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit gemacht worden, als auch Schritte bei den ostdeutschen Abgeordneten aller Parteien unternommen worden, um sie zu wirkungsvoller Unterstützung der Anträge auf beschleunigten Ausbau der Oder zu veranlassen. Es ist in allen diesen Fällen Bezug genommen worden auf die furchtbare Entschlebung des Brandenburger Oders, in der die Notwendigkeit des Ausbaus eingehend dargestellt und begründet ist. Es wird noch einmal sehr eindringlich auf die große Gefahr hingewiesen, die der gesamten Oderwirtschaft durch die beschleunigte Fertigstellung des Mittellandkanals droht.

Die Forderungen des Odervereins werden von zahlreichen Behörden, Verbänden und Körperschaften unterstützt. Die Entschleunigung ist unterschrieben worden von den Landeshauptleuten der Provinzen: Grenzmark Posen-Westpreußen, Pommern, Regensburg und Oberschlesien, von den Magistraten sämtlich an der Oder liegenden Städte, von den Städte- und Kommunalverbänden der Oderprovinzen, von den Landwirtschaftskammern der Ostprovinzen, von den ostdeutschen Industrie- und Handelskammern, von den ostdeutschen Verkehrsverbänden, den Schiffsverkehrsverbänden, den Organisationen der Industriellen und des Bergbaues und den Verbänden der Verleger.

In dem Brief an die ostdeutschen Abgeordneten wird darauf hingewiesen, daß der Preussische Landtag im Dezember 1929 beschlossen hat, daß auf die Reichsregierung im Sinne einer Beschleunigung des Oderausbaues bzw. des Baus der erforderlichen Staubecken einzuwirken wird. Dieser Beschluß ist nicht durchgeführt worden und bisher ist nur das Staubecken von Ottmachow ausreichend gefördert worden, während die Inangriffnahme der übrigen Staubeckenprojekte immer weiter hinausgezögert worden sei. Für die Oderregulierung nach dem preussischen Staat über die Verengung der Oderwasserstraße im Bereich des Ausbaus war 1929 ein jährlicher Teilbetrag von sechs Millionen Reichsmark als erforderlich anerkannt und in Aussicht genommen worden. Bewilligt wurden jedoch im Reichshaushalt der letzten Jahre nur Beträge von 3,2 bzw. 1 Million RM.

Es ist dringend zu wünschen, daß die der ostdeutschen Wirtschaft und ihrem Verkehrskörper, der Oder, drohenden Gefahren schnellstmöglich abgewendet werden. Hoffentlich bringt das Jahr 1933 in dieser Hinsicht auch Ottmachow einen weiteren Fortschritt.

#### Brände.

##### Ostdeutschland.

**Bad Schönfließ.** Die Führe Stahlfabrik auf dem benachbarten Gut Rohrbek. — **Batrow.** Kr. Flatow Grznk. Scheune des Besitz. Albert Scholz. — **Boichau.** Kr. Glogau Schloß. Folscheune des Landwirts Richard Schorsch. — **Bischöfsburg.** Kr. Rössel Opr. Wohnhaus des Mühlensbesitzers Kroschewski. — **Bischöfsstein.** Kr. Rössel Opr. Scheune des Besitzers Joh. Briesse, Santopon-Abbau. — **Bischöfthum.** Kr. Nustzin. Wohnhaus des Besitzers Karl Füllbrügge in Abbau-Bischöfthum. — **Boßsinn.** Kr. Belgard Pomm. Doppelwohnhaus der Eigentümerin Köhl und Ristow. — **Braunau.** Kr. Lüben Schil. Scheune des Rittergutes von Diezelsky. — **Drenzig.** Kr. Soltau Pomm. Stadtschule des Gastwirts Mücke. — **Gollnow.** Kr. Nuggard Pomm. Dachstuhl des Wohn- und Geschäftshauses des Fleischhauers Otto Schelle an Markt. — **Gollzhansen.** Kr. Labiau Opr. Zwei

## EIN FINGERZEIG Herr Baumeister, sei gestattet:

Für die Reformküche hat

## JUNKERS QUELL

der kleine gesobehitzte Heißwassergeber, durch seine einfache Installation an Stelle des Wassermehns, große Bedeutung. Er ist für den Arbeitsbereich der Küche und für die Hausarbeit eine voll ausreichende Heißwasserversorgung, die in der Minute 5-6 Liter Wasser von 35°C oder 2 1/2-3 Liter Wasser von 60°C liefert. Er ist schön, billig, wirtschaftlich und von ausgezeichnete Qualität. Auch bei Umbauten und Ausbauten von Altfwohnungen wird er gern und viel bevorzugt.



Fordern Sie Drucksachen und Auskünfte.  
**JUNKERS & CO. G.M.B.H. DESSAU.**

**Ställe des Gutsbesitzers Abel.** — **Größ-Neukirch.** Kr. Cosel OS. Scheune des Landwirts Johann Pietschka. — **Hebrichswalde.** Kr. Pr. Eylau Opr. Wohnhaus des Rittergutsbesitzers von Wilbert. — **Hohenschlow.** Kr. Randow Pomm. Viehstall der Witwe Alma Wille, hier. — **Löbenstau.** Kr. Labiau Schloß. Scheune des Landwirts Max Schulz. — **Marieuwerder.** Meistr. Scheune des Gutsbesitzers Pätzold in der Nähe des Neubaus in Seebad Heringsdorf. — **Wohnhaus des Landwirts Wilhelm Luder.** — **Priebe.** Kr. Swann Schil. Wohnhaus von Petzieser. — **Probsthain.** Kr. Goldberg Schloß. Wohnhaus und Stallgebäude des Stellenbesitzers Göhlich. — **Rabitz.** Kr. Isergeh. Scheune des Gutsbesitzers Schröter. — **Wollin Rügen.** Stall- und Scheunengebäude des Schmiedmeisters Brendemühl.

#### Mittel- und Norddeutschland.

**Burg i. Spreewald.** Aus Gründen des Hochwasserschutzes sollen in nächster Zeit zwei weitere Spreewaldkanäle, ein Nord- und ein Südkanal angelegt werden. Hiermit in Verbindung stehen dem Umbau der Flutheile Schrebenza und Blinschnitz zu einem Flutkanal und die Erweiterung des Bettes der Luckaitz für den Abfluß der Hochwasserfluten, ferner zahlreiche Eindeichungen.

**Dornitzsch.** Stadtverordneten beschlossen den Ausbau der Sandstr. Wiederanfuhr der abgebrannten Odenhäuser. Proj. Bauh. Deutsche Vorkanalarb. GmbH.

**Dresden.** Die Residenzbank will das Ebersteinsche Haus am Altmarkt niederlegen und auf dem Grundstück ein neues modernes Geschäftshaus errichten, das die Defaka (Deutsches Familien-Kaufhaus) zu mieten gedankt.

**Düben.** Mulde. Je ein Wirtschaftsgebäude. Proj. Bauh. Kaufm. Wand-schneider und Bäckereimeister Hermann Ende. Bauausf. Baugeschäft Winkler, Düben.

**Falkenberg b. Tressin.** Prov. Sa. Scheune und Wirtschaftsgebäude. Proj. Bauh. Wwe. Wust. Ausf. noch nicht vergeben.

**Gera.** 107.000 RM. werden in diesem Jahr für Zwecke des Straßenbaues verwendet. Die Stadt wird in Kitzne mit dem Bau der Umgehungsstraße in Tuz beginnen und einen Teil der Waldstraße mit neuem Unterbau versehen. Das städt. Hochbauamt erhält für Instandsetzungsarbeiten an städt. Gebäuden pro den Betrag von 185.000 RM. zur Verfügung gestellt. Vorläufige sind auch weitere 50 Stadtrandseidelungen in der Tünzer Gegend in Aussicht genommen.

**Greiz.** Durchführung der Waldstraße nach der Untergroßhitzer Straße. 45.000 RM. sind hierfür bewilligt.

**Großharau Sa.** Die Gemeinde beginnt demnächst mit der Randsiedelung. Hält sich Siedler will Kündeln beim Ankauf von 100.000 RM. am Rockendorfer und Randsiedler Weg für 95.000 RM. Für die Brunnenkanäle an den Sammler Köhnstraße sind 112.500 RM. vorgesehen. Am Böllberger Weg ist die Anlage eines Regenablausses mit 33.000 RM. Kosten vorgesehen, und das Pumpwerk am Moritz-zwinger soll mit 30.000 RM. umgebaut werden. Der Ausbau der Ralsstraße ist beschlossene Sache. Für den Ausbau des Böllberger Weges zwischen Topfwerk und Hufenbahn sind 287.000 RM. vorgesehen. Wegeausbauten auf dem Gertraudenfriedhof sind, mit 22.000

bisher mit zu einer Reduzierung von höchstens neun Monaten  
bereit sein soll.